

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 101 SONNTAG, 19. Mai 1935

Aus dem Inhalt:

Die Vertrauensratswahlen
Internationale und Kriegsgefahr
Ein großer Emigrant
Blamierte Menschenräuber

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Hitler verstärkt die Rüstungen

Innere Kämpfe im braunen System

Es wird immer deutlicher, daß die Nichtveröffentlichung des deutschen Etats, an sich eine vielsagende Tatsache, nicht nur auf den Grund zurückzuführen ist, daß man in- und Ausland die genaue Höhe der Milliardenausgaben für die Rüstungen verheimlichen will, sondern auch darauf, daß die Diktatoren miteinander über die Gestaltung des Budgets und die Finanzierung nicht einig werden können. Schweizer Zeitungen berichteten kürzlich, daß der bisher so gefügige Reichsfinanzminister Schwerin-Krosigk dem Hitler erklärt hat, die durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm (lies: Rüstungsprogramm) heraufbeschworene Finanzkatastrophe nehme derart zu, daß er die Verantwortung dafür je länger je weniger tragen könne. Die Reichsbank drohe unter der Last der zu diskontierenden Arbeitsbeschaffungswechsel zu erstickern.

Die letztere Tatsache ist sicher richtig. Von den zirka 3½ Milliarden Wechsel, die sich im Portefeuille der Reichsbank befinden, sind heute kaum mehr 300—400 Millionen echte Handelswechsel, der Rest besteht aus Arbeitsbeschaffungs- und sonstigen Finanzwechseln. Soweit gute Handelsbeziehungen in Zirkulation sind, behalten sie die Banken selbst und geben die Arbeitsbeschaffungswechsel der Reichsbank, die damit immer mehr jede wirkliche Kontrolle über den Geldmarkt verliert.

Dabei ist es wesentlich, daß diese riesige Kreditausweitung nicht, wie es nach der (falschen) Theorie ihrer Befürworter der Fall sein sollte, zur Ankurbelung der Privatwirtschaft und zur Ueberwindung der Krise führt, sondern überall, — z. B. in den Vereinigten Staaten ebenso wie in Deutschland — zur Inangriffnahme einer »Staatskonjunktur« die durch die inflatorisch finanzierten Aufträge ausgelöst wird, die aber sofort zusammenzufallen droht, sobald die Kreditausweitung aufhört. So entsteht eine geradezu gegensätzliche Entwicklung zwischen Staatskonjunktur und Konjunktur der privaten Wirtschaft. Die »Frankfurter Zeitung« schilderte das kürzlich ganz richtig:

»Gewiß sind in der Privatwirtschaft erhebliche »Sekundärwirkungen« der staatlichen Anregung festzustellen, aber Erweiterungen und Neuinvestitionen scheinen dabei ziemlich gering zu sein, wenn man von den durch die Rohstoffknappheit hervorgerufenen Bauten (namentlich Benzin und Faserstoffe) absteht — die Aufwendungen hierfür dürften vorläufig über einige wenige 100 Mill. nicht hinausgehen. Sie sind es auch dort, wo eine nahezu vollständige Kapazitätsausnutzung gegeben ist, offenbar weil diese Industrien einen großen Teil der Aufträge für mehr oder weniger einmalig ansehen. Der überwiegende Teil der Industrie nimmt wohl kaum Kapazitätsvergrößerungen vor, sondern nur Ersatzbeschaffungen für Maschinen usw., die z. T. laufend erfolgen, z. T. wohl auch Nachholungsbedarf aus der Krise darstellen. Es kann kein Zweifel sein, daß die im Gang befindliche Neuverteilung der Exportlasten, über die noch zu sprechen sein wird, diese relative Zurückhaltung der Privatwirtschaft zunächst noch verstärken muß. Daß diese Zurückhaltung besteht, zeigt sich deutlich auch im Spiegel der Bankbilanzen. Diese lassen nach wie vor ein Ueber-

wiegen der Schuldrückzahlungen erkennen bei gleichzeitigem Ansteigen der Wirtschaftseinlagen, ein Zeichen dafür, daß die Industrie die aus der Verkleinerung der Vorräte und der Erhöhung der Gewinne eingehenden Mittel nicht völlig zu Lagerergänzungen und Anlageinvestitionen verwendet, infolgedessen macht bei den Banken die Verflüssigung noch immer Fortschritte und befähigt sie damit, in wachsendem Umfange mittelbare und unmittelbare Staatspapiere zu erwerben, also zur Finanzierung der »Staatskonjunktur« beizutragen.«

Aber auch die »Frankfurter Zeitung« versteht und spricht es sogar offen aus, daß die immer weitere Finanzierung der Produktion von Munition, Kanonen, Tanks, Schlachtschiffe usw. allein durch den Notenbankkredit nicht in alle Ewigkeit fortgehen kann.

Aber das ist eben das Dilemma: wird die bisherige Finanzierung gestoppt, dann bedeutet das Einschränkung der Rüstungen und rasch steigende Arbeitslosigkeit; wird sie fortgesetzt, wird der Notenbankkredit immer mehr ausgeweitet, so wird einmal die Rohstoffknappheit vermehrt, zweitens die offene Inflation immer unvermeidlicher.

Dies wollen Schacht und Krosigk vermeiden, scheinen aber in diesem Konflikt mit den nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffern, der Reichswehr und den Rüstungsindustriellen unterlegen zu sein. Zwar hat Schacht alles versucht, um Hitler für seine Auffassung — Verlangsamung der Arbeitsbeschaffungsfinanzierung, also des Rüstungstempos, wofür auch der Außenminister Neurath aus Furcht vor der zunehmenden Isolierung Deutschlands eintritt — zu gewinnen. Kürzlich schifften sich Hitler und Schacht am frühen Morgen in Bremerhaven auf einen Dampfer des Norddeutschen Lloyd ein und die ohne Zeugen geführte Unterhaltung dauerte bis in die Nacht hinein.

Schacht wies wieder einmal auf das »gefährliche Treiben gewisser nationalsozialistischer Unterführer« hin und schilderte das Anwachsen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ziemlich ungeschminkt. Aber offenbar ohne Erfolg.

Denn Schwerin-Krosigk ist in einem Krankheitsurlaub, er soll einen Nervenzusammenbruch erlitten haben und man bezweifelte, daß er aus seinem Urlaub so bald nach Berlin zurückkehren wird.

Man glaubte an seine bevorstehende Demission und nannte bereits den Nachfolger — den preußischen Finanzminister Popitz. Der frühere Staatssekretär des Demokraten Reinhold und des Marxisten Hilferding ist aber eine weit weniger fügsame Natur als Krosigk und hat wohl kaum vergessen, daß er seinen Sturz als Staatssekretär Herrn Schacht zu verdanken hatte. Er steht in seinen Anschauungen dem Leiter des Konjunkturinstituts nahe, und Wagemann gehört zu den entschiedensten Verfechtern der Konjunkturausweitung...

Zwar ist Schwerin-Krosigk inzwischen wieder in seinem Amt aufgetaucht — unter sanftem Zwang, aber die sachliche Spannung bleibt.

Jedenfalls weiß die ausländische Presse zu berichten, daß Hitler sich gegen Schacht und Krosigk auf die Seite von Göring, Blomberg und den »Generalrat der Wirtschaft« gestellt hat, in dem die Führer der Rüstungsindustrie sitzen, die Krupp und Thyssen, Diehm und Vögl.

Das Rüstungstempo soll nicht vermindert, sondern gesteigert werden. Die Diktatur will es! Schacht wird nichts übrig bleiben, will er nicht Krosigk in die Wüste folgen — und das ist dem Ehrgeizigen ein unvorstellbarer Gedanke — als wider besseres Wissen auf dem bisherigen Weg der inflatorischen Finanzierung weiter zu schreiten.

Vorläufig sucht er noch, sich zu wehren. Er hat seinem Dreyse einen neuen Vorstoß anbefohlen, während er sich selbst allerdings in vorachtiges Schweigen hüllt. Der Vizepräsident der Reichsbank stößt einen neuen Alarmruf aus. Bisher sei die Vorfinanzierung mit kurzfristigem Kredit erfolgt.

»Daß aber hier nicht Hemmungslosigkeit die Parole sein kann, weiß nicht nur die Reichsbank, sondern ebenso die Reichsregierung. Beide wissen auch, daß Rüstungen nichts nützen, deren Herstellung ihrem Träger keine Kraft mehr läßt, die um den Preis des finanziellen Zusammenbruchs geschaffenen Waffen zu führen und zu erhalten.«

In so scharfer Weise, mit so drohendem Unterton ist bisher noch nie die Gefahr der »Hemmungslosigkeit« betont, noch nie in so direkter Weise gegen Umfang und Tempo der Rüstungsvermehrung Stellung genommen worden. Die für das nationalsozialistische Regime so ungewöhnlich deutliche Sprache kennzeichnet die Tiefe und Schärfe des Konfliktes.

Schacht wird freilich alles daran setzen, Auswege zu suchen, die ihm einerseits seine Stellung erhalten und andererseits die drohende Katastrophe hinauschieben. Daher die Versuche, die kurzfristigen Kredite durch langfristige Anleihen zu fundieren. Wie er vor einiger Zeit die Sparkassen gezwungen hat, eine halbe Milliarde Anleihe zu übernehmen, so verhandelt er seit Wochen mit den Versicherungsanstalten, um ihnen eine Anleihe von 750 Millionen aufzuhängen. Aber ob der Versuch nun gelingt oder nicht, am Wesen der Sache wird nicht das geringste geändert. Sparkassen, Banken, Versicherungsanstalten usw. waren ja ohnehin schon gezwungen, einen großen Teil ihrer Mittel in den »Arbeitsbeschaffungswechseln« oder in sonstigen Staatspapieren anzulegen. Daß der

Das rote Berlin im Kampf

234 Jahre Zuchthaus und Gefängnis gegen Berliner Sozialdemokraten

Die illegalen Kämpfer gegen die Hitlerdiktatur können nicht öffentlich über den Umfang und den Erfolg ihrer Arbeit berichten. Im Dunkel der Verschwiegenheit und unter der stärksten Sicherung jedes Mitarbeiters gegen Verrat oder Leichtfertigkeit müssen die Ideen der Freiheit und des Rechts im Volke verbreitet und gestärkt werden. Keine Zeitung, kein öffentlich geschriebenes und gesprochenes Wort gibt Kunde von dem beispiellos mutigen und zähen, aber auch gefahrvollen und opferreichen Kampf, den die besten Teile des deutschen Volkes nun schon seit zwei Jahren mit unverminderter Energie gegen den Barbarismus der Hitlerdiktatur führen.

Vor uns liegt eine Liste von mehr als 100 Groß-Berliner Sozialdemokraten; Männer und Frauen, junge und alte, Arbeiter und Intellektuelle, Name an Name, und jeder einzelne dieser Liste sitzt heute hinter den Kerkern der Dritten Reiches. Sie waren alle des gleichen Verbrechens angeklagt, sie alle wurden für »schuldige« befunden; denn sie warben im Reich des »Volkkanzlers« Hitler für die Ideen der

Freiheit und des Sozialismus. Unsere Liste ist sicher nicht vollständig; aber sie spricht Bände für die Lebenskraft des sozialdemokratischen Berlins und für die Schreckensherrschaft seiner heutigen Herrscher.

Unsere Liste enthält die Namen von 107 Sozialdemokraten, die seit Mai 1934 wegen illegaler sozialdemokratischer Arbeit verurteilt wurden. Gegen diese Männer und Frauen verhängte die Justiz des Dritten Reiches nicht weniger als 114 Jahre und 3 Monate Zuchthaus und 119 Jahre und 9 Monate Gefängnis.

Mit 234 Jahren Freiheitsstrafe glaubten die Richter von Hitlers Gnaden das »Verbrechen« dieser 107 Männer und Frauen aus einer einzigen deutschen Stadt sühnen zu müssen, damit der Bestand des tausendjährigen Reiches nicht gefährdet wird.

Diese Liste Berliner Sozialdemokraten ist eine Ehrenliste. In das heiße Mitgefühl mit den Opfern der Hitlerjustiz mischt sich der Stolz auf diese Männer und Frauen und auf die Bewegung, für die sie in den Kerker gingen.

Die Beerdigung Husemanns

2000 Teilnehmer. — Verhaftungen.

Die Ueberführung des Genossen Husemanns vom Polizeigefängnis in Bochum nach Papenburg erfolgte angeblich am 11. April 1935. Am 14. April erhielt Frau Husemann durch einen Polizeibeamten die Nachricht, daß ihr Mann auf der Flucht erschossen worden sei. Am Tage der Beisetzung auf dem Friedhof in Bochum wurde ein Kranz mit roter Schleife niedergelegt, welcher die Aufschrift trug: »Von Deinen Freunden gewidmet«. Ungefähr 2000 Menschen nahmen an der Beisetzung teil.

Die Gestapo aller umliegenden Städte war dort vertreten, um die Teilnehmer zu mustern. So wollte jede Ortpolizei die Teilnehmer aus ihrem Ort kennen lernen. Beim Verlassen des Friedhofs wurden 8 Genossen, darunter mehrere aus der früheren Hauptverwaltung des Bergarbeiterverbandes, verhaftet. Sie wurden für die eindrucksvolle Trauerkundgebung und Trauerfeier verantwortlich gemacht.

Deutsche Streiflichter

Verschärfte Judenhetze

Peinlichst vermeidet das Hitlerregime, Nachrichten über die neue Welle der Judenverfolgungen in das Ausland gelangen zu lassen, weil der oberste Protektor dieser Schandtaten für sein außenpolitisches Gesicht zur Zeit die Miene eines leidlich zivilisierten Europäers braucht. An der einfachen Tatsache aber, daß Räuberbanden unter dem Schutze der diktatorischen Staatsgewalt Land und Volk terrorisieren, ist und wird nichts geändert. Diese Banden tragen den Programantisemitismus selbst in die rheinischen Gebiete, deren alte politische Kultur seit Napoleons I. Zeiten antisemitische Ausschreitungen nicht mehr kannten. Eine Rede von Hitlers Intimus Julius Streicher in der Rheinlandhalle zu Köln hat wilde Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte in Köln, in Düsseldorf und anderen rheinischen Städten zur Folge gehabt. Inständig und angstvoll bitten die betroffenen jüdischen Kaufleute, die Exzesse nicht in ausländische Zeitungen zu bringen und erst recht nicht ihre Namen. Jedermann im Rheinland weiß aber von den Geschehnissen. Die Schaufenster und Häuser werden mit Beschimpfungen und Drohungen beschmiert. Entfernen die so geschädigten jüdischen Geschäftsinhaber die Kleckereien, so werden die Schaufenster eingeschlagen und die Ladentüren demoliert. Die Polizei verlangt dann, daß die Schäden sofort auf Kosten der Betroffenen ausgebessert werden. Weigern sie sich, wie es in einzelnen Fällen geschah, die kostspieligen Reparaturen vornehmen zu lassen, vielleicht weil sie nicht versichert waren oder sie eine Versicherung nicht mehr aufnehmen, werden sie polizeilich mit Verhaftung und Konzentrationslager bedroht. Der volle geschäftliche Ruin des Judentums gilt als unabwendbar, da der Boykott mit Posten stehen und Aechtung der Käufer immer wieder einsetzt. Der »Westdeutsche Beobachter« in Köln, eines der größten nationalsozialistischen Provinzblätter, für den der Kölner Oberbürgermeister Riesen das August-Bebel-Haus gestohlen hat, beginnt jetzt eine Rubrik »Feinde des Dritten Reichs« einzurichten. In dieser Spalte werden die Photographien von Leuten veröffentlicht, die beim Betreten oder Verlassen jüdischer Geschäfte geknipst worden sind.

Uebrigens gab es bei der Streicher-Versammlung in Köln einen schweren Zwischenfall. Als Streicher aufforderte, die jüdischen Schacherer mit Peitschen aus dem Lande zu jagen, hatte ein katholischer Priester den

großen Mut zu dem Zwischenrufe, die Peitsche gehöre gegen solche Reden angewendet. Der Geistliche wurde aus dem Saale geworfen und erlitt durch die Mißhandlungen schwere Verletzungen.

Jagd auf Heimkehrer

Der »Völkische Beobachter« gibt in einem Aufsatz, der mit »Jüdische Kapitalverschlebung« überschrieben ist, zu, daß zurückkehrende Emigranten eingeschleppt werden. Um die rein rachepolitische Maßnahme zu verschleiern, wird sie antikapitalistisch und rassistisch ausgeschmückt. So, als handele es sich um Rückwanderer, die man wegen Steuerflucht zwiebeln müsse, und mit denen man, wenn es wirklich so wäre, kein Mitleid zu haben brauchte. Die Wahrheit ist natürlich anders, und auch die amerikanische Hearst-Presse, die das Material des »Völkischen Beobachters« zu benutzen scheint, könnte allmählich wissen, daß der Nationalsozialismus ohne lügnerische Diffamierung nicht Politik treiben kann. Es ist in Wirklichkeit so, daß auf alle Heimkehrer Jagd gemacht wird, die in den letzten Jahren, und sei es aus noch so unpolitischen Gründen, Deutschland verlassen haben. Man steckt Studenten und Studentinnen, die sich zu Sprachstudien im Auslande aufgehalten haben, in »Schulungslager«. Das gleiche Schicksal trifft junge Kaufleute und Handwerker, die im Auslande Arbeit gefunden hatten, ohne daß sie als politische Emigranten aus dem Reiche fortgegangen wären. Ja, man hat sogar Leute, die seit Jahren im Auslande ansässig sind und sich nur zu einer Urlaubsreise nach Deutschland begaben, in das »Schulungslager« gebracht mit der Begründung, sie hätten sich dem richtigen Deutschland so entfremdet, daß es unbedingt erforderlich sei, sich in die Weltanschauung des Nationalsozialismus einzuarbeiten, ehe man sie wieder in das Ausland reisen lassen könne. Mehr noch: man hat unpolitische deutsche Reichsangehörige, die durchaus legal aus rein privaten Gründen, ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen wollten, einem »Schulungslager« zugewiesen. Kein Reichsdeutscher im Auslande, der »heimkehrt, und kein Reichsdeutscher, der auswandern möchte, ist vor dem Schulungslager sicher. Der »Völkische Beobachter« gebraucht für die Institution mit dem pädagogischen Namen das Wort »Internierung« und kennzeichnet damit den reinen Zwangscharakter. Es ist nur eine Umschreibung für die anrüchigen Konzentrationslager, aber aus Er-

fahrung wissen wir, daß gutgläubige Ausländer auf den neuen Schwindel hereinfallen.

Ablehnende Mütter

Am 12. Mai war deutscher Muttertag. Er bestand schon, ehe ihn die NS-Frauenschaft in ihre Obhut nahm. Damals war er gefördert von den konfessionellen Frauenvereinen und begrüßt von der Geschäftswelt, die ihn zur Reklame für Geschenkkäufe benutzte. So bleibt es auch im Dienste des nationalsozialistischen Aufbauwerks; nur mit dem Unterschiede, daß auch die treuesten Söhne und Töchter aus den breiten Volksschichten den Müttern nur noch ärmliche Spenden geben können. Eine Rede, die Frau Scholtz-Klink als Reichsführerin der NS-Frauenschaft zum Muttertag hielt, ist bemerkenswert durch ihren Mangel an der üblichen nationalsozialistischen Großsprechererei und ihren elegischen Ton. So gibt die Dame an, von dem ganzen riesenhaften Mütterchulungswerk mit allem Drum und Dran von Lehrgängen des staatlichen »Reichsmütterdienstes« seien alles in allem bisher 100.000 Mütter erfasst worden. So sagt die gewiß nicht bescheidene Reichsführerin, und es ist eine besonders verdächtige alzu runde Ziffer. Es scheint, daß die Mütter recht wenig von der Bewegung wissen wollen, die ausgerechnet die Familie vor der »marxistischen Zersetzung« bewahren wollte. Zu diesem Widerstand tragen nicht nur die Religionskonflikte bei, sondern mehr noch die sittliche Verwilderung, die überall in den hitlerischen Jugendorganisationen herrscht und nicht minder in der »Landhilfe« und in allen ähnlichen Einrichtungen, die aus der Fläunis und dem Sumpf des Hitlerismus kommen. Mehrfach schon haben sich Eltern geweigert, ihre Söhne oder Töchter verschicken zu lassen, weil sie aus tausenden von Mund zu Mund getragenen Berichten wissen, daß die jungen Leute draußen nationalsozialistischen Listlingen schutzlos preisgegeben sind. Väter haben erklärt, daß sie lieber das Konzentrationslager auf sich nehmen würden, als ihre Töchter noch einmal als Landhelferinnen gehen zu lassen, und in dieser Ablehnung sind kirchliche und marxistische Familien sich einig, so weit auch sonst ihre Ansichten über Jugendzucht auseinandergehen.

Die Widerstandsphalanx gegen die Hitlerpest verstärkt und vertieft sich. Nicht zuletzt ist es aus den Reden der Hitlerbonzen zu spüren.

Hannes Wink.

Staat, schreibt die »Frankfurter Zeitung«, auch »die bei den Sozialversicherungen sich ansammelnden Kapitalien mittel- und unmittelbar in den Dienst der Arbeitsbeschaffung und ihrer Konsolidierung stellt, zeigt der soeben veröffentlichte Bericht der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Sie hat 1934 nicht nur 122 Mill. kommunale Umschuldungsanleihe und 33 Mill. Reichsbahnvorzugsaktien — offensichtlich aus Reichshand — erworben, sondern gleichzeitig auch 74 Mill. neue Darlehen an Träger der staatlichen Arbeitsbeschaffung gewährt. Schacht kann nur dieselbe Erfahrung machen, die er schon bei der Sparkassenanleihe gemacht hat. Er wird für die Anleihe Arbeitsbeschaffungswechsel in Zahlung nehmen müssen, die bisher bei den Anstalten lagen, und damit ändert sich um so weniger das geringste als er die neue Anleihe im Bedarfsfalle ebenso wird lombardieren, d. h. mit seinen Noten wird befehlen müssen, wie er die Arbeitsbeschaffungswechsel jederzeit diskontieren muß. Denn unter den deutschen Verhältnissen, unter denen bisher schon alle verfügbaren Gelder und Kapitalien in den Dienst der enormen Ausgaben gestellt sind, ist diese Art der Anleiheaufnahme keine Konsolidierung, d. h. keine Heranziehung echter Ersparnisse, sondern bloßer Schein, eine reine Umbuchung, die höchstens einen Banktechniker befriedigen, aber keinen Nationalökonomem täuschen kann. Denn zu welchen Manipulationen — und etwas anderes bleibt ihm nicht übrig — Schacht auch greifen mag, das Wunder der Schöpfung aus dem Nichts kann er nicht leisten und in welchen Formen er die immer weitere Ausdehnung des Notenbankkredits bringen mag, es bleiben rein inflatorische Methoden, in die er hineingezwungen ist.

Hitlers Entscheidung ist gegen Schacht gefallen, weil die Diktatur jetzt weniger als je eine Einschränkung des Rüstungstempos vermag.

Sie muß versuchen, das Gesetz zu erfüllen, nach dem sie angetreten. Aber diese Entscheidung ist nicht nur von schwerwiegender wirtschaftlicher und finanzieller Tragweite. Noch größer ist die Bedeutung für die europäische Politik. Die Furcht vor den innerpolitischen Folgen einer Beschränkung der Arbeitsbeschaffung, d. h. der Rüstungen, und der Wille zur militärischen Kraftvermehrung steigern sich gegenseitig und erzwingen jene gewissenlose Vabanque-Politik, die zur Gefahr für den Frieden geworden ist. Dr. Richard Kern.

Blamierte Menschenräuber

Deutschland muß den entführten Gutzeit zurücksenden.

In der Entführungssache Gutzeit hat die holländische Regierung die Anfrage des liberalen Abgeordneten Boon beantwortet. Der holländische Außenminister erkennt in seiner Antwort die Richtigkeit der Tatsachen an, wie sie in der Anfrage dargelegt (und in Uebereinstimmung damit in Nr. 100 des »N. V.« mitgeteilt) wurden. Auf Grund des ersten Vorfalles, so fährt die Antwort fort, hat am 4. April die holländische Gesandtschaft in Berlin sich im Auftrage ihrer Regierung an die deutsche Regierung gewendet, sie ersucht, eine Untersuchung einzuleiten und das Geschehene durch Zurücksendung von Gutzeit nach Holland in seinen Folgen ungeschehen zu machen. Die holländische Regierung kann nun mitteilen, daß die deutsche Regierung sich bereit erklärt hat, Gutzeit in Freiheit zu setzen und ihm die Rückkehr nach Holland zu erlauben.

Die ertappten Menschenräuber sind also de- und wehmützig zu Kreuze gekrochen. Offenbar lag den braunen Machthabern daran, den für sie äußerst peinlichen Fall mit so geringem Aufsehen als möglich zu erledigen. War doch über das protokollarische Geständnis des deutschen Kriminalkommissars Kruschwitz, der für die Entführung Gutzeis hundert Mark an den Entführer, einen Holländer, gezahlt hat, nicht hinweg zu kommen.

Ob die deutschen Untertanen zu Hitlers Zeiten etwas von dieser grenzenlosen Blamage ihrer Regierung erfahren werden, die durch die bedingungslose Rücklieferung Gutzeis selber ihre Methoden des Menschenraubs nach Gangstermanier eingestanden hat? — Man wird die Schäfflein über dies Detail der braunen Außenpolitik genau wie über ihren Gesamtcharakter bis zur Katastrophe weiter in Blindheit halten.

Der braune Betrug in Danzig

Man schreibt uns aus Danzig:

Die Abwertung des Danziger Gulden wird ganz allgemein mit größtem Mißfallen aufgenommen. Die Stimmung der Bevölkerung ist sehr schlecht für die Nationalsozialisten. Alle empfinden die Abwertung kurz nach der Wahl als einen glatten Betrug. Die Preise sind sofort bis zu 70 Prozent in die Höhe geschossen, die reinen Lebensmittelpreise sind um 20 Prozent gestiegen. Eine allgemeine Warenknappheit ist eingetreten. Schuhe z. B. sind in ganz Danzig kaum noch zu haben. Löhne und Gehälter sind der Preissteigerung nicht gefolgt, die Regierung hat vielmehr strenge Anweisung gegeben, keine Lohnerhöhungen stattfinden zu lassen. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben also die Kosten der Abwertung in erster Linie zu tragen. Die Danziger Bevölkerung hat schon ein starkes Gefühl dafür gehabt, daß es früher unter sicheren rechtlichen Verhältnissen besser war — sie emp-

findet jetzt auch im Wirtschaftlichen den Unterschied von einst und jetzt!

Schon die Wahl vom 7. April, deren wahres Ergebnis durch den Terror und die Fälschungen verzerrt worden ist, hat gezeigt, wie stark die Nazis in der Bevölkerung an Boden verloren haben. Jetzt ist die Stimmung für sie noch viel ungünstiger.

Die Sozialdemokratische Partei hat beim Obergericht das Wahlergebnis angefochten. Sie fordert weiter in einer Petition an den Völkerbund die Nachprüfung der Wahlmethoden. Weitere Eingaben an den Völkerbund wenden sich gegen das verfassungswidrige Preßgesetz und gegen die Rechtsgleichheit. Ferner ist Beschwerde erhoben wegen des willkürlichen Verbots der Danziger Volksstimme.

Die Stimmung der Danziger Sozialdemokraten ist gut und aktiv. Der Erfolg der Wahl vom 7. April war für sie ein Ansporn, nun erst recht den Kampf um die Entmachtung der Nationalsozialisten aufzunehmen.

»Recht und Freiheit«

Vor kurzem ist eine Sondernummer des amtlichen Organs der deutschen Rechtspflege, »Die deutsche Justiz«, das vom Reichsjustizminister Dr. Gürtner herausgegeben wird, erschienen. Diese Sondernummer enthält neben Beiträgen hoher und höchster Justizbeamter eine Anzahl deutscher Rechtssprüche, von denen wir folgende anführen:

»Alle Gewalt ist Unrecht.
»Wo Gewalt herrscht, schweigen die Rechte.

»Freiheit geht über alles Gut.
»Freiheit ist über allem Reichtum.
»Hehler, Stehler und Befehler sind drei Diebe.

»Wo große Missetat, da ist auch große Peine.

»Unduldsam sind dem Mann vier Worte: Mörder, Diebe, Räuber und Mordbrenner.

»Untreu ist auch Dieberei.
»Den Meineidigen hängt man über alle Diebe.

»Gnade ist besser denn Rechte.
»Man muß die Aemter mit Personen, nicht die Personen mit Aemtern versehen.

Es gibt wohl keine bessere Brandmarkung der Rechtszustände im Dritten Reich als diese Sprichwörter, die das Organ des Reichsjustizministeriums herausbringt. Spotten ihrer selber und wissen nicht wie.

Die Rüstungssteuer

Die deutschen Zahnärzte haben eine Zwangsleistung für die Luftrüstung aufbringen müssen. Es werden davon zwei Flugzeuge bezahlt.

Göring — ausgelacht

Aus einer südfranzösischen Großstadt schreibt man uns:

Ein kleines Vorstadt-Kino verlockte mich in diesen Tagen zum Besuch. Unter bunten Plakaten mit helmbetonten Porträts der Stars las ich beim Passieren eine Inschrift, daß man hier die »Noces« des Herrn Göring sehen könnte. So weit vom Schauplatz des denkwürdigen Ereignisses, mitten unter Franzosen des lebhaften Mids: Diese Szenerie wollte ich mir nicht entgehen lassen. Ich saß auf einer harten Bank unter kleinen Leuten, Angestellten, Arbeitern, Liebespaaren, als das Programm zur Wochenschau überging. Zuerst wurden belgische Gold-Hochzeiter gezeigt, bescheiden gekleidete Leuten in irgendeinem Stift, denen eine hart erarbeitete Glückseligkeit aus den Augen strahlte — bei einem Tänzerchen im Freien. Plötzlich aber heftige Militärmusik. Berlin, Marschkolonnen, und endlich Göring, mit seiner Frau eine Prunktreppe herabschreitend. Sie schlank in Weiß, er, den dicken Oberleib auf zu kurzen Beinen mit einer unvorstellbaren Menge von Bändern und Orden besät. —

Das Publikum? Einer fing an zu lachen, bald lachten drei, bald eine ganze Bank und schließlich war der ganze Raum von Gelächter erfüllt, das noch fort-dauerte, als Göring schon wieder entschwinden war. Es war kein galliges, kein höhnisches Lachen, sondern einfach eine Anglegenheit fröhlicher Belustigung — aus einem gewissen Bezirk, wo infolge des Widerspruchs zwischen äußerlichem Gepränge und der alzu sichtbar werdenden Menschlichkeit hinter der Kulisse Lächerlichkeit unbedingt tödlich wirkt.

Es ist durchaus denkbar, daß man sich in Berlin von der verfilmten Hochzeit Görings eine faszinierende Wirkung auf die Welt vorgestellt hatte. Aber mit diesem Schwanenritter und seiner minniglich erkürten Elsa kann das Propagandaministerium auf dem gesamten Kosmos nur Heiterkeitsausbrüche erzielen.

Vertrauen für Hitler - keine Spüre

Die Wahrheit über die Vertrauensrätewahlen

Das System ist über die Vertrauensratswahlen sehr rasch still geworden. Es wollte sie zu einer allgemeinen politischen Vertrauenskundgebung gestalten — aber dieser Versuch ist gründlich fehlgeschlagen, so daß Göbbels und Genossen auf eine propagandistische Auswertung verzichten. Es ist plötzlich keine Rede mehr von dem Vertrauen der Arbeiter für Hitler. Der Ausgang der Wahl erklärt auch das Fiasko der diesjährigen braunen Maifeier.

Über die Vorgänge bei der Wahl, die nach dem Aufruf Leys angeblich die freieste, die die Welt kennt, sein sollte, und über die tatsächlichen Ergebnisse, soweit sie bekannt geworden sind, unterrichten nachstehende Meldungen, die uns aus Deutschland zugegangen sind:

Berlin:

Die Ergebnisse der Vertrauensratswahlen wurden in den meisten Betrieben nicht veröffentlicht. Es erschien einfach am schwarzen Brett ein Anschlag: Die Liste ist gewählt. In vielen Fällen mußte aber der Vertrauensrat vom Treuhänder eingesetzt werden, was beweist, daß die notwendige Mehrheit nicht erzielt worden ist. Soweit Einzelergebnisse bekannt geworden sind, kann man feststellen, daß die veröffentlichte hohe Wahlbeteiligung unter keinen Umständen stimmt. Bei dem Berliner Konsumverein z. B. haben von 1800 Beschäftigten nur 900 abgestimmt, ähnlich bei Ullstein.

Wiederholt konnte beobachtet werden, daß da, wo ehemalige Gewerkschafter auf die Liste gesetzt worden waren, die meisten Stimmen abgegeben wurden.

Die Arbeiter haben in der stillen Erwartung für diese Kandidaten gestimmt, daß sie doch mehr für sie tun würden als die NSBO-Leute. Dagegen haben bisherige Vertrauensräte, die zum zweiten Male aufgestellt wurden, überall die wenigsten Stimmen bekommen. Bei dem Berliner Konsumverein z. B. hat der bisherige Obmann des Vertrauensrates nur die Hälfte der Stimmen erhalten, die ein früherer Gewerkschafter auf sich vereinigen konnte.

In verschiedenen Betrieben haben sich große Teile der Arbeiterschaft überhaupt der Abstimmung entzogen.

Bei einer Flugzeugbaufirma lehnte eine Abteilung geschlossen, und eine andere Abteilung zum Teil eine Beteiligung an der Abstimmung ab. Von annähernd 500 Stimmberechtigten wurde nur etwas über 350 Stimmen abgegeben. Die größte Stimmenzahl, die ein Kandidat erhielt, betrug 2500. In anderen Betrieben dagegen wurde ein sehr scharfer Zwang zur Abstimmung ausgeübt. In einem großen Berliner Warenhaus wurden z. B. die Angestellten, die mit der Abstimmung zögerten, einzeln telefonisch herbeigerufen. Dort wurde dann auch eine Beteiligung von 99 Prozent erzielt.

In welcher Weise die Ergebnisse bekanntgegeben wurden, zeigt das nachstehende Beispiel der IG-Farben, Abteilung Berlin-Lichtenberg (Aceta). Dort erschien über das Resultat der Wahl folgender Anschlag am schwarzen Brett:

Stimmberechtigte . . . 878
Abgegebene Stimmen . . . 693 (78,9%)
Ungültige . . . 75
Abgegebene gült. Stimmen 618
Die Vertrauensleute wurden mit 310 Stimmen Mehrheit gewählt.

Das war alles, damit konnten natürlich die Arbeiter wenig anfangen.

Im allgemeinen kann man feststellen, daß in der Regel keine 50 Prozent Ja-Stimmen abgegeben worden sind.

Das ist die Auffassung der Arbeiter, die sich über die von den Wahlleitungen herausgegebenen Zahlen lustig machen. Die Zählungen haben übrigens in den meisten Fällen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden. Die Vorschrift, daß die drei ältesten Arbeiter bei der Zählung zugegen sein müssen, wurde sehr oft nicht beachtet. Das Wahlergebnis wurde in sehr vielen Fällen im einzelnen nicht bekanntgegeben, z. B. sind bei Siemens bis heute keine Zahlen mitgeteilt worden.

Sachsen:

Über die Vertrauensratswahlen im Kreise Dresden wurde als „amtliches Ergebnis“ mitgeteilt:

128.592 Abstimmungsberechtigte
96.275 Ja-Stimmen
16.902 Nein-Stimmen

5.026 Ungültige Stimmen
6.512 Gewählte Vertrauensmänner
138 Nichtgewählte Vertrauensmänner.

Jeder Eingeweihte lächelt über dieses Ergebnis, weil es völlig verfälscht ist. Eine Einzelergebnisseinstellung ist fast nirgends veröffentlicht worden, so daß eine Nachprüfung des Gesamtergebnisses an Hand der Einzelergebnisse nicht möglich ist.

Aber auch die Einzelergebnisse in den Betrieben sind sehr schwer festzustellen, weil in jedem Betrieb mit größter Sorgfalt darüber gewacht wird, daß nachprüfbar Resultate nicht bekanntgegeben werden.

Trotzdem sind Einzelergebnisse bekannt geworden, die eine erhebliche Korrektur der oben wiedergegebenen Zahlen erforderlich machen. In der Ofenfabrik Z. z. B. stimmten von 300 Stimmberechtigten nur circa 600 ab. Davon rund 400 mit Ja, der Rest mit Nein, bzw. ungültig. Auch in der Metallwarenfabrik X. haben etwa 20 Prozent der Belegschaft Stimmenthaltung geübt. Das genaue Zahlenresultat konnte trotz einmaliger Nachfrage nicht festgestellt werden. Die 20prozentige Stimmenthaltung hat der NSBO-Obmann in seiner Verärgerung über das Betriebsergebnis selbst mitgeteilt.

Während eine amtliche Gausammenstellung für Sachsen — etwa dem örtlichen Ergebnis von Dresden entsprechend — die Ergebnisse gegliedert in 85 Prozent für Ja, 15 Prozent für Nein und Stimmenthaltung, geben die gewerkschaftlichen Vertrauensleute auf Grund der Stimmungen in den Betrieben und der gelegentlich bekannt gewordenen Teilergebnisse folgende übereinstimmende Schätzung ab:

50—60 Prozent für Ja
20—25 „ Stimmenthaltungen
20—25 „ Nein- und ungültige Stimmen.

Bei allen amtlichen Stimmenergebnissen werden die Stimmenthaltungen glatt unterschlagen. An den Auszählungen der Stimmenergebnisse nahmen im allgemeinen nur völlig zuverlässige Hakenkreuzer teil, so daß der Retuschierung der Ergebnisse freier Lauf gelassen wurde.

In den Zwickauer Bergbauschächten wurde am 12. und 13. April 1935 die Vertrauensratswahl durchgeführt. Die Stimmzählung erfolgte dann gemeinsam für alle beteiligten Schächte.

Da nun bei dem Endresultat ein zu ungünstiges Ergebnis in Erscheinung trat, wurde die Zählung noch dreimal vorgenommen, um schließlich eine gültige Stimmenzahl von 42 Prozent zu erzielen. Wie dieses Prozentverhältnis dennoch zustande gekommen ist, bleibt der Belegschaft ein Rätsel. Nunmehr muß der Obmann durch den Treuhänder der Arbeit bestimmt werden.

Auf viele Stimmzettel war der Name des früheren marxistischen Betriebsrates geschrieben, welcher schon seit dem Umsturz nicht mehr im Betrieb ist. Das gleiche trifft zu für die Horch-Werke in Zwickau, wo der Name des Vorsitzenden des früheren Betriebsrates und zugleich sozialdemokratischer Stadtverordneter in Zwickau, oft auf die abgegebenen Zettel geschrieben worden ist. Auch dieser Genosse ist seit dem Umsturz nicht mehr im Betrieb.

Rheinland-Westfalen:

Die Vertrauensratswahl im ganzen Westen ist planmäßig und raffiniert vorbereitet worden. Auf die Listen wurden oft ehemalige Freigewerkschaftler gestellt. Die Leute konnten in den meisten Fällen nicht ablehnen. Der Zweck dieser Taktik war, möglichst viele marxistische Wähler zu bekommen. Die Nazi-Kandidaten waren unfähig und hatten nicht das Vertrauen großer Teile der Arbeiterschaft. Die Wähler sagten sich oft, ob mit Recht oder Unrecht, daß ehemalige Marxisten die Interessen der Arbeiter besser wahrnehmen könnten, als die Nazis und daher wählten viele die Listen, obwohl sie lieber gegen das System gestimmt hätten.

Bei der Wahlagitator sind oft sehr radikale Töne angeschlagen worden. So wird uns berichtet, daß in einem großen Betrieb ein Redner davon gesprochen hat, daß Göring, wenn er zu frech würde, eines Tages auch der Kopf abgehakt würde.

Bei einer Firma wurde zweimal gewählt, beim ersten Male waren 80 Prozent

der Stimmzettel durchgestrichen worden. Auf mehreren Zechen des Wurmgebietes wurde bekanntgegeben, daß die Listen als gewählt gelten, da niemand dagegen gestimmt habe. In den Betrieben ist man überzeugt, daß die Bekanntmachung Schwindel ist.

Ein Arbeiter schreibt:

»Die ganze Wahl ist ein großer Schwindel. Auf die Wahlergebnisse sollte man kein Gewicht legen. Die Wahl war nicht korrekt. Es gibt nicht einen Betrieb, in welchem das Ergebnis richtig geprüft wurde. In den meisten Betrieben wurde das Ergebnis überhaupt nicht bekanntgegeben, und die Leute erfuhren erst aus der Zeitung, wie in ihrem Betrieb gewählt wurde.«

Die Arbeiter legen den Vertrauensratswahlen und den »Räten« keine Bedeutung bei. Sie sagen: wir haben ja doch nichts zu bestellen.

Auf der Grube Lauerweg im Wurmgebiet haben 1900 Beschäftigte gewählt. 288 waren dagegen, 106 ungültig. Auf viele Stimmzettel wurde geschrieben, trotz aller Kontrolle: »Rot Front«, »Freiheit«, »Totenzettel« usw. Ein Mann von dieser Grube erzählt:

»Als ich in die Wahlzelle trat, sieht über den Rand herüber der Direktor. Bei einer solchen Handlungsweise muß man vorsichtig sein und die Namen schnell durchstreichen. Das ist sehr schwer. In der Hast haben die Leute natürlich viele Fehler gemacht.«

Mit den Vorbehalten, die sich aus diesen Feststellungen ergeben, muß man die amtlichen Wahlergebnisse betrachten, wie sie z. B. der »Westdeutsche Beobachter« für Aachen veröffentlicht hat. Als Gesamtergebnis für den Gau Köln-Aachen sind 79,6 Prozent Ja-Stimmen angegeben worden. Dabei hat man aber nur die abgegebenen Stimmen zugrunde gelegt, also die Fälle der Wahlenthaltung einfach unterschlagen. Die Liste, die der »Westdeutsche Beobachter« aus etwa 170 Betriebsergebnissen zusammengestellt hat, enthält nur die Firmennamen und den Prozentsatz. Weder die Belegschaftsstärke, noch die Zahl der Abstimmenden sind vermerkt und man kann überhaupt nur erraten, daß die Prozentzahlen sich auf die Ja-Stimmen beziehen sollen. Es ist aber bemerkenswert, daß sogar in dieser Zusammenstellung zugegeben werden muß, daß der Anteil der Ja-Stimmen in vielen Betrieben die veröffentlichten summarischen Zahlen erheblich unterschreitet:

	Prozent
Metallwaren-Gesellschaft	60,28
Wer da! Bewachungsgesellsch. m. b. H.	63,75
Tuchfabrik J. v. Gülden, K. G.	46,87
Sandmann, Rhein. Kakao- und Schokoladenwerke	69,8
Niederrhein. Bewachungs G. m. b. H.	
Aachen	53,7
Bavaria	58,0
Gebr. Vossan	46,3
Franz Sauer	50,0
Gebr. Bohn	58,8
Martin Knesch	43,4
Politisches Tagblatt	63,7
Karlshaus	49,2
Hotel International	57,0
EGV, Verkaufs G. m. b. H.	65,7
Westdeutsche Telefon-Gesellsch.	60,9
Pintus	53,9
Landesbank	67,3
H. F. Lück	60,2
Dechamps-Merzenich	59,0
Anton Kintig	50,2
Ehape	57,5
Daimler-Benz A. G.	69,0
Leo Lammertz	65,5
Houben, Verkaufs A. G.	52,5
Jecker Söhne	50,5
Sparkasse Aachen	69,2
Schlacht- und Viehhof	67,0
Heusch-Huhn & Co.	67,0
Schleicher-Zimmermann	67,0
B. von Fischer und Meder	64,3
Friedrich Erkens	67,1
Rosenbad Burtseid	36,2
Georg Stahlhut	38,9
Schumag	65,4
Geilenkirchen-Boosfeld	58,9
J. G. Merken	45,2
Tuchfabrik J. u. J. Meyer	65,0

Ein zweiter Bericht besagt: Die Vertrauensmännerwahl war diesmal mit großer Reklame aufgezogen. Die Versammlungen waren jämmerlich besucht. Wer kommandiert war und nicht anders konnte, war da. Freiwillig, aus Interesse oder gar aus Ueberzeugung kam so gut wie niemand. Und wenn dann Dr. Ley nach Essen in den Kruppbetrieb geht, und daraus Reklame gemacht wird, sehr wir gehen zum Arbeiter in den Betriebe, so weiß er gut, daß zu ihm »freiwillig« in einen großen Versammlungsraum nur die Abkommandierten kommen. Resultat laut Zeitung über 84 Prozent. Die Hühner lachen darüber, denn wenn wirklich nach den

Wahlbestimmungen gehandelt worden wäre, so wäre mancher Kandidat nicht gewählt worden. Als gewählt gilt, wer 50 Prozent und eine Stimme bekommt.

Hier haben sie auf zwei Zechen, wo es mir möglich war, die Resultate zu bekommen, keine 50 Prozent bekommen und sind doch gewählt. Einfach eingesetzt. Direkte Zahlen sind überhaupt nicht bekanntgegeben, lediglich die abgegebenen gültigen Stimmen.

Wer von den auf dem Stimmzettel aufgeführten Kandidaten die 50 Prozent erreicht hat oder nicht, geht die Gefolgschaft einfach nichts an. Die Abstimmung auf der Straßenbahn hat auf den beiden Betriebsbahnhöfen auch zu einem Reifall geführt. In Herten waren 66 Prozent gegen die Liste, in Recklinghausen 44 Prozent dagegen. Im allgemeinen ist wenig Interesse für das System der heutigen Vertrauensräte vorhanden. Was hätten die Herrschenden in die Welt trompetet, wenn nur ein einigermaßen erträgliches Ergebnis zustande gekommen wäre. Denn sie konnten doch gerade jetzt die felsenfeste Einigkeit des ganzen Volkes so gut gebrauchen. Daran ist am besten zu sehen, wie kläglich das wirkliche Ergebnis dieser »Wahl« für das System war.

Auf der Zeche Matthias Stinnes III/IV lehnte die Verwaltung die vom Obmann der NSBO vorgelegte Vorschlagsliste rundweg ab. Steiger Greif, der Spitzenkandidat war, ist fristlos entlassen worden. Als Grund gab man an, sein Revier sei nicht ganz feuerfrei gefunden worden. Tatsächlich wollte man die unbehaglichen Nazis los sein. Der bisherige Obmann stand jetzt als neunter auf der Liste. An der Spitze stehen allein Deutschnationale und Kriegervereiner.

Auf der Schachtanlage Gelsenkirchen-Bismarck ist die Wahl wie folgt vor sich gegangen: Es wurde im Lichtraum eine Urne aufgestellt. Der Betriebsführer erklärte, wer wählen will, nehme einen Stimmzettel und werfe ihn in die Urne. Es war nicht möglich, auf dem Stimmzettel »Ja« oder »Nein« anzuzeichnen. Betriebsführer und Steiger standen Späher. Keiner durfte vorbei, ohne das »Wahlrecht« auszuüben. Ergebnis: 100 Prozent.

Schlesien (Breslau):

Offiziell sind nur ganz wenige Einzelergebnisse der Vertrauensratswahl bekannt gemacht worden. Bei der Firma Linke-Hofmann-Busch sind 2700 Mann beschäftigt. An der Wahl beteiligten sich 70 Prozent. Bekanntgemacht wurde, daß 80 Prozent der Belegschaft mit »Ja« gestimmt hätten.

In Wirklichkeit wurden nur 40 Prozent gültige Stimmen abgegeben.

Viele Stimmzettel enthielten Verse und Schimpfwörter. Bei der Auszählung der Stimmen war der Betriebsführer Busse mit anwesend. Als von einem Stimmzettel verlesen wurde »das sind Arschlöcher« (die Kandidaten), sagte Busse: »Der Zettel zählt als Ja-Stimme, es sind ja auch welche (Arschlöcher) dabei.«

Bei der Straßenbahn, 2800 Mann Belegschaft, wurden 1100 Ja-Stimmen abgegeben.

Beim städt. Gas- und Wasserwerk war als Wahlzelle eine Margarine-Kiste aufgestellt, so daß man die Abstimmenden beobachten konnte. Trotzdem waren auf vielen Stimmzetteln unbeliebte Kandidaten gestrichen. Das Ergebnis der Wahl ist nicht zu erfahren. Es muß aber katastrophal gewesen sein, denn die Nationalsozialisten befinden sich in heller Aufregung. Die Wahlbeisitzer wurden zweimal vereidigt, über das Wahlergebnis strengstes Stillschweigen zu bewahren.

Im Leinenhaus Jäckel wurde ein Vertrauensrat von der Belegschaft mit Mehrheit abgelehnt. Der Chef erklärte nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses: »Mein Vertrauen haben Sie auch in der Zukunft.«

Bayern:

In einem Bericht aus Schwaben heißt es: Ueber die Vertrauensratswahlen erfahre ich, daß man in den Großbetrieben, vor allem in Augsburg, nur bekanntgegeben hat, daß der Vertrauensrat mit soundsoviel Prozent der gültigen Stimmen gewählt sei. Davon, daß die durchstreichenden Stimmzettel, also die ungültigen, weitaus mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen in jedem Betrieb ausmachten, gab man nichts bekannt. Von den als gültig anerkannten Stimmen ist der Prozentsatz für den Vertrauens-

rat natürlich sehr hoch. Er liegt um 80 bis 85 Prozent. So täuscht man die Massen.

Die Arbeiter wissen aber, daß die Stimmung in den Betrieben anders ist, als sie die Wahlergebnisse ausdrücken.

Aus einer schwäbischen Stadt wird berichtet: Die Ja-Stimmen zu den Wahlvorschlägen der einzelnen Betriebe bewegten sich mit Ausnahme eines Betriebes zwischen 85 und 90 Prozent. Dabei wurden nur die gültigen Stimmen gezählt. Es gab viele Arbeiter, die überhaupt nicht zur Wahl gegangen sind.

Aus Niederbayern: Genaue Feststellungen über den Ausgang der Vertrauensratswahlen können nur sehr schwer gemacht werden. Es werden nur allgemeine Zahlen bekanntgegeben, so z. B., daß in der und der Stadt in den Betrieben die Vertrauensräte mit durchschnittlich 80 Prozent aller Stimmen gewählt worden sind. In den einzelnen Betrieben selbst werden nur die Namen der gewählten Vertrauensräte bekanntgegeben. Genaue Feststellungen sind nur dort möglich, wo wir direkten Einblick nehmen können. So waren in einem Betrieb mit 60 Mann Belegschaft 3 Vertrauensräte und ihre Ersatzleute zu wählen. Von den 60 gingen nur 45 zur Abstimmung. Von den 45 haben 28 den Stimmzettel unverändert abgegeben, 7 den Stimmzettel durchstrichen und 10 personelle Veränderungen auf dem Stimmzettel verzeichnet. Von den 60 Mann Belegschaft haben also faktisch nur knapp 50 Prozent für den Vertrauensrat gestimmt. Unter diesen aber sind nicht wenige, die aus reiner Gleichgültigkeit zur Wahl keine weitere Stellung nehmen wollten und sich daher benahmen, wie es vorgeschrieben war. Allgemein ist die Stimmung, daß das ganze ein großer Kampf ist. Und selbst SA-Leute geben zu, daß die Arbeiter kein Recht mehr haben.

Nordwestdeutschland:

Die Charakterisierung der Vertrauensratswahl als Theater kommt am treffendsten in dem Verhalten des Betriebsführers der Staatswerft Emden zum Ausdruck. Ungeachtet der abgegebenen Stimmen hat der Betriebsführer die Liste als gewählt erklärt und von sich aus bestimmt, wer unter den Gewählten den Rang von Hauptvertrauensratsmitgliedern erhalte. Und es ist selbstverständlich, daß die vom Betriebsführer bestimmten bei den Wahlen die wenigsten Stimmen erhielten.

Das Ergebnis der Vertrauensratswahlen in den Nordseewerken ist insofern bezeichnend, daß man auch dort die geltenden Bestimmungen außer acht gelassen hat. Gültig nach den Bestimmungen sollen bekanntlich nur völlig unbeschriebene Zettel sein, auf denen auch keinerlei Veränderungen auf der Liste — sei es durch unter- oder austreichungen — vorgenommen waren. Die Arbeiter waren vielfach der irrigen Meinung, daß allein ein leerer Stimmzettel, der keine Auswahl auf der vorgeschriebenen Liste erkennen lasse, zur Ungültigkeit der Stimme führe. Dadurch haben viele eine Stimme abgegeben, die nach ihrer Auffassung ungültig, nach den geltenden Bestimmungen aber gerade die allein gültige gewesen ist. Dennoch haben von den 230 Stimmzetteln 67 als ungültig erklärt werden müssen, weil auf ihnen die ganze Liste durchstrichen war.

Hamburg-Schleswig-Holstein:

Die Betriebsratswahlen waren im allgemeinen eine große Pleite. In vielen Betrieben sind ehemalige SPD-Leute als Mitglieder der DAF aufgestellt worden, mit dem Erfolg, daß sie die meisten Stimmen bekamen und daraus hat man dann einen großen Sieg der Nazis gemacht.

Die Firma Heidenreich & Harbeck, Hamburg, hat eine Belegschaft von 730 Mann. Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug 551. Ungültig waren 7. Für die Wahl mit Mehrheit waren also 273 Stimmen erforderlich. Die einzelnen Kandidaten erhielten der Reihe nach: 306, 276, 287, 316, 340, 280, 318, 296, 300, 318, 287. Die gesperrten Zahlen sind die Stimmen, die frühere SPD-Mitglieder erhalten haben. Alle übrigen Kandidaten haben weniger als 273 Stimmen erhalten. Trotzdem wurde in der amtlichen Veröffentlichung bekanntgegeben, daß 98 Prozent für die Liste gestimmt hätten!

Bei der Baufirma Wayß & Freytag wurden 620 Stimmen abgegeben, davon ungültig 247. Aufgestellt waren: 2 Poliere, Mitglieder der DAF, ein Ingenieur, eine Kontoristin.

In Hamburg wurde eine amtliche Liste von Wahlergebnissen aus 53 Betrieben veröffentlicht, die aber nur die Zahlen der Belegschaften und den Prozentsatz der Ja-Stimmen enthielt. Es ist also nicht einmal nachzuprüfen, ob dieser Prozentsatz von der Zahl der Wahlberechtigten

Für Weltfrieden, Abrüstung und Sicherheit!

Unter dem Vorsitz De Brouckères fand am 6. und 7. Mai in Brüssel im Gebäude der Prévoyance Sociale eine Tagung des Erweiterten Bureau der SAI statt. Es waren anwesend: Otto Wels, Deutschland; Joseph Compton, William Gillies, Walter R. Smith, Großbritannien; J. W. Albarda, Koos Vorrink, Holland; G. E. Modigliani, Italien; zwei Delegierte aus Oesterreich; Theodor Dan, Rußland; Rickard Lindström, Schweden; ein Delegierter aus der Tschechoslowakei. Der Sekretär der SAI Friedrich Adler und der Kassier Joseph Van Roosbroeck nahmen gleichfalls an den Beratungen teil.

Das Bureau regelte zunächst eine Reihe organisatorischer Fragen und erörterte dann eingehend die internationale politische Lage. Alle Delegierten nahmen an der Debatte teil.

Folgende Resolution wurde beschlossen:

Das Büro der SAI, in einer entscheidungsvollen Stunde versammelt, verweist auf die ernste Gefahr, von der der Weltfrieden bedroht bleibt.

Die deutsche Diktatur hat Europa und die ganze Welt herausgefordert. Auf ihre Kraft allein vertrauend, lehnt sie es ab, sich mit den anderen Staaten Europas zur Organisation des Friedens durch den Völkerbund zu verbinden. Sie hat ihre Eroberungsabsichten nicht aufgegeben. Sie versucht, andere Staaten in ihre Politik der internationalen Anarchie mit hineinzuziehen. Sie ist auf dem Wege, sich die militärische Vorherrschaft in Europa zu sichern. Das Weltfrieden, eine unmittelbare Folge dieser Politik, vergrößert noch ihre Gefahren.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des Kampfes gegen den Krieg alle Mittel anzuwenden, um die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen die Hitler-Diktatur zu mobilisieren. Diese Diktatur bedeutet die Unterdrückung des eigenen Volkes nicht minder als die Bedrohung der anderen. Nur aus eigener Kraft wird das deutsche Volk das Joch abzuwerfen vermögen, das auf ihm lastet; sein Sieg jedoch wird allen Völkern nützen, indem er der Sache des Friedens nützt.

Wir begrüßen das Zusammenwirken der europäischen Demokratien mit der Sowjet-Union zur Verhinderung des Krieges. Wir wünschen keine Bündnisse gegen das deutsche oder gegen irgend ein anderes Volk; was wir wünschen, ist die Sicherung des Friedens durch die Zusammenarbeit aller Völker auf der Grundlage vollkommener Gleichberechtigung. Der Krieg ist das größte aller Verbrechen gegen die Menschheit. Ein neuer Weltkrieg würde das deutsche Volk in seiner Isolierung härter als irgend ein anderes treffen; er würde zugleich auch das übrige Europa in einen Trümmerhaufen verwandeln.

In diesem bedrohlichen Augenblick darf die Arbeiterklasse aller Länder weder einer Panik noch dem fatalistischen Glauben an die Unvermeidlichkeit des Krieges verfallen. Kaltblütig und entschlossen muß sie sich dem durch die Ereignisse gestärkten Chauvinismus, muß sie sich dem Kriege widersetzen.

Die Kriegsgefahr in Europa wird nur abgewehrt werden, sobald jeder Versuch eines Angriffs auf eine kollektive Macht stößt, die stark genug ist, um den Angriff zurückzuschlagen und den Frieden rasch wieder herzustellen. Zu diesem Zweck müssen alle Mitgliedstaaten des Völkerbundes loyal und wirksam in den durch ihre militärische und geographische Lage gezogenen Grenzen an der Aufrechterhaltung des Völkerbundespaktes und an der Abwehr jedes Angriffes mitwirken.

Um den Krieg zu verhüten, ist es unerlässlich, den Glauben an die Aufrichtigkeit der Erklärungen des Kellogg-Paktes und an die Verwirklichbarkeit des kollektiven Sicherheitssystems wiederherzustellen. Zu diesem Zweck sollte sogleich ein für ganz Europa geltender Vertrag abgeschlossen werden, der einen allgemeinen Nichtangriffs-

pakt und eine Vereinbarung gegenseitiger Unterstützung mit dem Sanktionssystem des Völkerbundespaktes verbindet und zugleich die Feststellung des Angreifers in einem internationalen Konflikt enthält.

Die Einzelverträge, die heute der Vervollständigung des Friedenssystems dienen, verlieren ihre Daseinsberechtigung, sobald ein solcher allgemeiner Vertrag abgeschlossen sein wird, diesen Bestimmungen genügend präzise und genug umfassend sind, um die kollektive Aktion gegen jeden Angreifer wirksam zu gewährleisten. Bis dahin ist es die Pflicht der Parteien der Internationale, sorgsam darüber zu wachen, daß alle Einzelverträge den Bedingungen entsprechen, die die SAI bereits in dem Beschluß ihres Kongresses von Marseille aufgestellt hat. Insbesondere müssen diese Verträge mit den Rechten und Pflichten der Völkerbundmitglieder in Einklang sein. Sie müssen die Aufgaben und Kompetenzen der satzungsgemäßen Organe des Völkerbundes respektieren. Sie müssen jedem anderen Staat im gleichen Gebiet und unter den gleichen Bedingungen zum Beitritt offen stehen. Im Falle eines Angriffes, dessen Opfer er würde, ist jeder Staat verpflichtet, sofort den Völkerbund zu verständigen und dessen Weisungen unter der Voraussetzung, daß auch die Gegenseite sich ihnen fügt, Folge zu leisten. Es ist unser aufrichtiger Wunsch, daß alle derartigen Verträge unter Mitwirkung Deutschlands abgeschlossen werden, falls es bereit ist, ihnen beizutreten, und daß Deutschland der Beitritt immer offen bleibe, wenn es bei ihrem Abschluß noch nicht dazu bereit sein sollte.

Im Rahmen des Systems regionaler Pakte ist die Sicherung des Friedens in Mitteleuropa, wo ein Herd der Kriegsgefahren liegt, notwendig. Das Bureau begrüßt jeden Versuch, die politische und die wirtschaftliche Korporation der Völker der Völker des Donaubeckens zu fördern. Soll aber dieses Ziel erreicht werden, so darf der geplante Donaupakt nicht unter dem Vorwand, die Unabhängigkeit Oesterreichs zu garantieren, das gegenwärtige faschistische Regierungssystem in Oesterreich und damit die Herrschaft Italiens über Oesterreich unter den Schutz der Mächte stellen. Er darf nicht unter dem Vorwand, die Einmischung des Auslandes in die inneren Verhältnisse Oesterreichs zu verbieten, die Einmischung organisieren, in dem der die Regierungen verpflichtet, dem österreichischen Faschismus gegen das deutsche Volk selbst Hilfe zu leisten. Er darf nicht unter dem Vorwand, den Angriff des Hitlerismus auf Oesterreich abzuwehren, das der überwiegenden Mehrheit des österreichischen Volkes verhaßte despotische Regime in Oesterreich stützen, das, indem es Haß und Erbitterung der österreichischen Volksmassen immer mehr steigert, diese Volksmassen dem Hitlerismus zutreibt. Er darf nicht unter dem Vorwand, den Frieden in Mitteleuropa zu organisieren, die Aufstellung von Armeen, die dem aggressiven magyarischen Revisionismus dienen, noch auch die Restauration der Habsburger ermöglichen und damit den Krieg in Mitteleuropa unvermeidlich machen. Wir erkennen den Anspruch des ungarischen und des österreichischen Volkes auf Sicherheit ebenso an, wie den Sicherheitsanspruch aller anderen Völker; aber wir wenden uns gegen jede Bewaffnung des magyarischen Halb-faschismus, der immer mehr zu einem Alliierten Hitler-Deutschlands zu werden droht, und des österreichischen Faschismus, der ein Vasall des italienischen ist.

Wir bleiben erfüllt von der Ueberzeugung, die die Internationale immer wieder ausgesprochen hat, daß, keinerlei Sicherheitssystem, auch nicht der Völkerbundpakt selbst, zur vollen Wirksamkeit gelangen kann, wenn nicht die Welt endlich den Mut findet, zur allgemeinen Abrüstung zu schreiten.

Wir sind Todfeinde des Wett-

droht. Wir anerkennen die Gleichberechtigung Deutschlands in Rechten wie in Pflichten. Aber wir fordern heute, wie wir immer gefordert haben, die Gleichberechtigung aller Staaten nicht durch die Aufrüstung, sondern durch die Abrüstung aller.

Wir fordern daher, daß die Internationale Abrüstungskonferenz unverzüglich ihre Arbeiten wieder aufnehme und ein Abkommen über die internationale Beschränkung und Kontrolle der Rüstungen, die Internationalisierung der zivilen Luftschifffahrt, die schärfste internationale Kontrolle der Waffenerzeugung und des Waffenhandels zum Abschluß bringe. Dieses Abkommen soll gemeinsam mit Deutschland abgeschlossen werden, wenn Deutschland sich zur Rückkehr nach Genf entschließt; es soll Deutschland zur Unterschrift vorgelegt werden, auch wenn Deutschland in seiner gegenwärtigen Isolierung verharret. Die zur Verteidigung des Friedens vereinigten Völker müssen durch diese konkrete Handlung ihren Willen zur loyalen Zusammenarbeit kundtun; sollte aber trotz diesem Willen der Abschluß eines allgemeinen Abrüstungs- und Kontrollabkommens noch nicht möglich sein, dann ist es notwendig, daß öffentlich festgestellt werde, wer die Verantwortung für dieses Scheitern trägt.

Wir sind überzeugt, daß der Wirtschaftskrieg, den alle kapitalistischen Staaten gegeneinander führen, nicht nur die Weltwirtschaftskrise verschärft, die Arbeitslosigkeit vergrößert, sondern auch die Gefahren für den Frieden vermehrt, ebenso wie er die politische Offensive des Faschismus in vielen Ländern erleichtert hat. Darum verlangen wir die wirtschaftliche Abrüstung ebenso wie die militärische, wir fordern die Wiederherstellung eines freien, umfangreicheren und auf Gleichberechtigung gegründeten Warenaustausches auf dem Weltmarkt.

Indem wir die Notwendigkeit einer kollektiven Organisation der Sicherheit betonen, fordern wir gleichzeitig die Arbeiter aller Länder auf, darüber zu wachen, daß diese Organisation nicht durch imperialistische Zwecke verfälscht und durch geheime Verträge entstellt werde.

Es gilt um jeden Preis zu verhindern, daß die nationalistische Hetze den Kampf gegen den deutschen Faschismus zu einem Kampf gegen das deutsche Volk entarten läßt.

Es gilt um jeden Preis zu verhindern, daß gewisse Regierungen sich ihren Beitritt zum Kollektivsystem durch die Zustimmung der anderen Regierungen zu ihren imperialistischen Absichten bezahlen lassen: eine Gefahr, die jetzt schon in dem Verhalten der Großmächte fühlbar wird, die durch ihr Still-schweigen die verdächtigen Pläne des Mussolinischen Faschismus decken.

Es gilt um jeden Preis zu verhindern, daß die herrschenden kapitalistischen Klassen der westlichen Länder, die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die für die Aufrechterhaltung des Friedens unerlässlich ist, von ihren Klasseninteressen getrieben, durchbrechen.

Es gilt um jeden Preis zu verhindern, daß der Kapitalismus die Kriegsgefahr als Vorwand mißbrauche, um die Arbeiterklasse zu einer Politik des Burgfriedens zu verleiten und sie von ihrer eigentlichen Aufgabe abzulenken — der Befreiung der unterdrückten Klassen und Völker.

Nur wenn die Arbeiterklasse die Macht erobert, wird sie der Zusammenarbeit der Staaten ihren wahren Charakter verleihen und sie von den Hindernissen befreien können, die der Kapitalismus und der Imperialismus ihr aufzwingen. Wir unterstützen die bürgerlichen Regierungen in dem Maße, als sie daran arbeiten, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Aber zugleich rufen wir den Arbeitern der ganzen Welt zu: keine dauernde Sicherung der Freiheit und des Friedens ohne den Sieg des Sozialismus!

ten oder von den abgegebenen Stimmen oder gar von den gültigen Stimmen berechnet worden ist. Immerhin weist diese Liste bei einer ganzen Reihe von Betrieben Prozentsätze auf, die weit unter dem Durchschnitt liegen. Wir greifen folgende heraus:

Betrieb	Belegschafts- stärke	Proz. der Ja-Stimmen
Deutsche Bank	1244	63,38
Deutsche Werft	2500	70,0
Hapag Kaibetriebe	1025	70,0
Commerz & Privatbank	531	70,0

Hamburg—Südamerika- Linie	226	64,58
Allg. Feuerassekuranz	44	55,0
Hbg. Mannheimer	189	67,0
Kaffeehaus Waihall	32	50,0
Nordd. Reismühle	184	66,6
Kal- und Stauereibetr.	579	68,7
Julius Testorp	408	64,5

In Schleswig-Holstein sind bisher in keiner Zeitung Einzelresultate über den Ausfall der Vertrauensratswahlen veröffentlicht worden. Vor der Wahl wurde in einer längeren Abhandlung mitgeteilt, daß in Schleswig-

Holstein rund 3000 Betriebe mit 180.000 Wahlberechtigten zu wählen hätten. Nach der Wahl am (17. April) erschien eine ganz kurze Notiz in der Presse. Diese lautete: »Das Ergebnis der Vertrauensratswahlen in Schleswig-Holstein brachte nach den bisher vorliegenden Meldungen mit 89 Prozent Ja-Stimmen bei 122.976 Wahlberechtigten und 2060 Betrieben in Schleswig-Holstein der Deutschen Arbeitsfront einen überwältigenden Erfolg.«

Ein großer Emigrant

Zum fünfzigsten Todestag Victor Hugos

Er ist der große Dichter eines großen Volkes. Wie groß — darüber zu orakeln, kommt auf Stäubchensieberei heraus. Jede Nation hat ihren eigenen Maßstab literarischer Größe, und wenn sehr begeisterte Franzosen ihren Victor Hugo höher stellen als Goethe und Shakespeare, bleibt es nationalsozialistisch verbohrt Oberlehrern überlassen, darüber die Nase zu rümpfen. Jedenfalls werden, wenn vieles von dem, was sich heute in der Literatur aufplustert, längst vergessen ist, noch die »Oden und Balladen«, die »Herbstblätter«, »Die Betrachtungen« und »Die Kunst, Großvater zu sein« Menschenherzen in Freud und Leid bewegen; immer wieder werden Romane wie »Die Elenden«, »Die Arbeiter des Meeres« und »Der lachende Mann« dankbare Leser finden, und mögen Dramen wie »Cromwell«, »Hernani« und »Ruy Blas« nur mehr wenig gespielt werden, so bedeuten sie doch einen sehr wichtigen Einschnitt in der Geschichte der französischen Bühne.

Als Victor Hugo am 22. Mai 1885 gestorben war, rüstete ihm die Nation ein Leichenbegängnis, wie es kaum je ein Kaiser oder König gehabt hatte. Unter dem Triumphbogen wurde der tote Dichter aufgebahrt, und Hunderttausende und wieder Hunderttausende füllten die Plätze und säumten die Straßen, durch die, dem letzten Wunsch des Poeten entsprechend, der Armenleichenwagen den Sarg führte. Aber Victor Hugo brauchte nicht den Tod abzuwarten, um zur Sonnenhöhe des Ruhms emporzusteigen. Schon zu den Füßen des Jünglings, der die Welt durch die Vollendung seiner Strophen überaschte und entzückte, schichteten sich die Lorbeerkränze; mit neununddreißig Jahren zog er in die Akademie ein, die sich sonst nur Greisen öffnet, und bald danach wurde er um seiner literarischen Verdienste willen in die Pairskammer berufen. In den letzten anderthalb Jahrzehnten seines Erdenganges gar wurde er nicht wie ein Monarch, sondern wie ein Gott gefeiert. War er wirklich, wie man ihm nachsagte, eitel, so konnte der Wehrauch, der tagtäglich vor seinem Bild aufwirbelte, auch der ausschweifendsten Eitelkeit genügen.

Dennoch bildet den Höhepunkt dieses langen, an Erfolgen und Ehren fast überreichen Lebens die Periode, da der soviel Gefeierte ein Geflüchteter war: die fast zwanzig Jahre, die Victor Hugo fern der Heimat verbrachte, ein politischer Flüchtling unter politischen Flüchtlingen, ein großer, ein unsterblicher Emigrant. Dem Poeten, der sich von der Nation abgesperrt und in seinem Elfenbeinturm einschließt, hatte er nie gleichen wollen; er fühlte sich, ein politisches Temperament, berufen, mit der weithin tönenden Stimme seiner Poesie zu den Massen und für die Massen zu sprechen. Aber fanden seine ersten Gedichte, ehe er den Bann seiner Erziehung abschüttelte, den Beifall der Royalisten und Katholiken, und stimmte er darnach seine Harfe zum Preis des ersten Napoleon, so hatte er doch schon früh einen Nerv für das soziale Elend und den Kampf gegen die Barbarei der Todesstrafe. nahm er auf, als er noch im Lager der Rechten zu stehen schien. Die Julirevolution von 1830, mit der das Volk in Bluse und Hemdärmeln wieder als aktiver Faktor in die Weltgeschichte eintrat, gab ihm einen inneren Ruck; langsam entwickelte er sich unter dem Königtum Ludwig Philipps zur Linken und bekannte sich freudig als Republikaner, nicht als die Februarrepublik von 1848 Aemter und Würden zu vergeben hatte, sondern als sie von den Reaktionsären bespuckt, unterhöhlt und bedroht wurde. In die Kammer von 1849 wurde er noch als sozusagen Konservativer gewählt und ließ sich sogar für die Präsidentschaftskandidatur Louis Bonapartes einfangen, da er von ihm Einlösung seiner sozialen Versprechungen erhoffte. Aber als er mit bitterer Enttäuschung gewahrte, daß nichts als ein kleiner und schäbiger Despot ins Elysée eingezogen war, erhob er sich im Parlament wie ein zürnender Löwe zur Verteidigung der republikanischen Freiheiten. Dann kam der Staats-

streich des 2. Dezember 1851, der die Gewalt über Frankreich einem halben Dutzend frecher und trüber Abenteurer in die Hände spielte. Victor Hugo war gewillt, alles an alles zu setzen, diese Schmach abzuwehren. Von den hundert Bänden Prosa und Poesie, die er hinterließ, sind vielleicht das Erhabenste die wenigen Zeilen, die er im Fieber jener Dezembertage entwarf und die bald im Druck an den Mauern erschienen:

An das Volk.

Louis Bonaparte ist ein Verräter. Er hat die Verfassung verletzt. Er ist meinelidig geworden. Er steht außerhalb des Gesetzes.

Die republikanischen Abgeordneten erinnern Volk und Heer an die Artikel 68 und 110: »Die Konstituante vertraut die Verfassung und die Rechte, die sie verbürgt, dem Schutz und dem Patriotismus aller Franzosen an.«

Das Volk, das, jetzt und immerdar im Besitz des allgemeinen Stimmrechts, keines Prinzen bedarf, der es ihm zurückgäbe, wird den Meuterer zu züchtigen wissen.

Tue das Volk seine Pflicht! Die republikanischen Abgeordneten marschieren an seiner Spitze.

Es lebe die Republik! Zu den Waffen!

Gezeichnet: Victor Hugo — und die andern. Der Dichter fehlte auch keineswegs dort, wo die Barrikaden aus dem Boden wuchsen und die Kugeln piffen, aber da Massen für eine Republik, die sich selbst entwürdigt und aufgegeben hatte, nicht auf die Beine zu bringen waren, mußte er sich vor den Häschern des Staatsstreich-

lers versteckt halten; am 11. Dezember verließ er Paris und entkam nach Brüssel.

Im Exil war Victor Hugo sich bewußt, daß er im moralischen Sinn eine europäische Großmacht darstelle, und vom ersten Augenblick an entschlossen, das Gewicht seines Namens gegen den gekrönten Banditen in die Waagschale zu werfen. Im ersten Jahr noch erschien sein »Napoleon der Kleine«, ein Buch, nein, ein glühendes Eisen, das dem Dezembermann das verdiente Brandmal des Galeerensträflings auf die Schulter preßte. Ein noch gewaltigeres Strafgericht brach über den Schächer in den Tuilleries mit Hugos Gedichtsammlung »Les Châtiments«, »Die Züchtigungen«, schlagender »Die Geißelhebe«, herein. Wie hier der eidbrüchige Gewalttäter samt seinen feilen Kreaturen gestürzt wurde, war unerhört durch die Gewalt des Dichterwortes, die Kühnheit des Tons und die Leidenschaft des verletzten Rechtsempfindens:

O weint, die Freiheit ward erschlagen,
Ein Dolchstoß hat sie umgebracht.
Doch jetzt ist keine Zeit zum Klagen,
Der Bräutigam steigt in den Wagen,
Der Cäsar feiert Hochzeitnacht.
Singt Brautgesänge, ihr Kamönen,
Dem Mörder, der um Frankreich freit...
Laßt heut von Notre-Dame die Totenglocke
tönen.
Morgen dräut Sturmgeläut!

Fast jede Zeile des Bandes ist, auf einen anderen Vergewaltiger eines großen Volkes bezogen, heute mit neuem Leben erfüllt. Aber auch fürder ließ der Dichter von hundert Gelegenheiten nicht eine vorüber, den Schinderhannes, der den Cäsar spielen wollte, zu treffen; was kümmerte

ihn, daß die »gleichgeschaltete« Pariser Presse ihn einen elenden Landesverräter schimpfte, weil er der mexikanischen Republik, gegen die »Napoleon der Kleine« einen ruchlosen Krieg führte, seine guten Wünsche entbot, den unerbittlichen Scheidestrich ziehend zwischen Frankreich und dem System, das es vergewaltigte. »Es gibt zwei Trikoloren, die der Republik und die des Kaiserreiches. Diese, nicht jene ist es, die sich gegen euch erhebt.«

Von all den Unbilden des Exils blieben Victor Hugo die wenigsten erspart. Heimweh nagte an seinem Herzen. Seine Frau starb in der Verbannung, und da sie in französischer Erde bestattet ward, konnte er sie nicht einmal zu Grabe geleiten. Die Rechtlosigkeit des Geflüchteten im fremden Lande erfuhr auch er. Napoleon III. war eine Macht, und daß »dieses Individuum«, wie im englischen Unterhaus Hugo genannt wurde, es wagte, gegen diese Macht schonungslos anzugehen, fiel den Regierungen auf die Nerven. So wies ihn Belgien aus, wo er zuerst eine Zuflucht gesucht hatte, und vier Jahre später mußte er auch die britische Insel Jersey, wo er unerwünscht war, gegen das benachbarte Eiland Guernsey vertauschen; nur ein Sturm der öffentlichen Meinung in England verhinderte, daß man ihn zwang, auch dieses Asyl zu verlassen. Schlimmer war, was ihm der Wind aus dem Vaterland zutrug; der Siegestaumel der anrühigsten Elemente, die Plebiszite eines verstummten und verdummten Volkes, die Würdelosigkeiten und Speichelleckereien der Ueberläufer.

Auch mancher, von dem man anderes erwartet hätte, wurde schwach und machte seinen Frieden mit den Machthabern des Tages, Victor Hugo nicht. Dabei hätte man ihm goldene Brücken gebaut; der Bonaparte war gescheit genug, zu wissen, welch ein moralisches Kapital für ihn der Gewinn des Nationaldichters bedeutet hätte. Aber Hugo kannte keine vollendeten Tatsachen, er kannte nur das Recht, und über die Amnestien, Köder, ausgeworfen, gerade die berühmtesten Flüchtlinge zurückzulocken, blickte er verächtlich hinweg. Er hatte sich zugeschworen, bei denen auszuharren, die ihren Idealen Treue wahrten bis zuletzt:

Sind's tausend nur, mich wird man drunter
sehn,
Sind's hundert nur, ich trotz dem falschen
Cäsar: Nein!
Ich bin der zehnte, bleiben nur noch zehn,
Und bleibt ein einz'ger, werde ich der eine
sein!

Aufrecht erhielt ihn auch in der Periode, da er schmerzlich feststellte »Nacht über Europa«, der unerschütterliche, der fast religiöse Glaube an die Demokratie, an den Sieg der demokratischen und sozialen Republik, an den Triumph der Freiheit und Menschlichkeit — trotz allem erspähte er am Horizont den ersten zagen Lichtschein, der den Anbruch eines neuen Welttags, der Vereinigten Staaten von Europa, ankündigte. Und zu einem guten Teil wenigstens ließ ihn sein Glaube nicht zuschanden werden: der 4. September 1870 kam, der die historischen Rollen vertauschte. Da das Kaiserreich zerschmettert am Boden lag, kehrte der Dichter umjubelt und bekränzt ins Vaterland zurück, und sein erledigter Gegenspieler ging nach England in die Verbannung, nur daß sie ehrloser und unwiderruflicher war. Der eine, im Glanz der Krone und des Throns, hatte alles für sich gehabt, eine Armee von Soldaten, eine Armee von Gendarmen, eine Armee von Spitzeln, den gesamten Staatsapparat vom Präsidenten des Obersten Gerichtshofes bis zum Feldhüter des letzten Dorfes, Flinten zum Töten, Gold zum Bestechen, Zeitungen zum Belügen, und der andere, der Emigrant, hatte nur die Macht der Idee und die Wucht des Wortes — und war Sieger geblieben.

Darum begeht nicht Frankreich allein den fünfzigsten Todestag des großen Dichters. Auch alle, die, so wie einst er, um erhabener Menschheitsideale willen leiden, grüßen in diesen Tagen die hell lodernde Flamme auf dem Altar der Freiheit, die Victor Hugo heißt.

Karl Max.

Kurt Doberer:

Legende

So starb er, wird er sterben, starb er schon.
Der Sand, der Sanduhr Ewigkeit, zeigt die Jahrzehnte gleich.
Der Tag ist nicht — ist keine Zeit.
So bricht, so brach er — und mit ihm sein Reich.

Zuerst sah es ein Henkersknecht,
der kannte Farb und Zeichen gut.
Doch tat er so, als sah er schlecht
und schwieg. Man spricht nicht gern von Blut.

So ging der Cäsar, König, Führer, Herr,
noch seinen Weg und war schon tot
und wußt es selbst nicht, ging, aß, schlief,
nur eben — was der Henker sah —
sein Schatten war schon rot.

Grau war er nicht, nicht schwarz,
nicht ohne Licht, nicht Nacht.
Und immer, wenn ein Opfer fiel,
dann trank der Schatten neue Macht.

Und niemand sah es, bis zum Tag,
da er vor allem Volk in einem Mai
die Sonne und die Freiheit höhnen ging,
da war er tot und glaubte, daß er lebend sei.

Groß fiel sein Schatten hin vor allem Volk,
und alle sahen, daß er blutig war.
Das war der Tag, die Zeit war reif
und von Erfüllung schwer in diesem Jahr.

Blut zog der Schatten aus der braunen Erde.
Millionen Augen sahen es und klagten an.
Er zitterte, als er die Hand hob, schlecht war die Gebärde,
und dreht sich um, blickt auf den Weg, auf dem er kam.

Und niemand weiß, warum er strauchelte und sank.
Er wankte, fiel, fiel aufs Gesicht.
Ob Blei ihn traf, ob Stahl ihn stach, ob Gift ihn brach —
Er sank. Wann und warum, man weiß es nicht.

Er fiel. Fiel in den eignen Schatten,
fiel in ein Meer, in warmes Blut.
Sein fauler Atem blies die frische Erde an
und brodelnd schäumte sie zu Lava und zu Glut.

Voll Ekel wich ein Stück der Stein zurück,
als er zerschmelzend aus dem Erdleib drang.
Er wich zurück und kochte auf, voll Haß und Zorn
und sprang den Hingefallnen an.

Sein Maul ward voll von aller Toten Blut.
Ihm graute, wie so sehr sein Atem stank.
Er wandte von sich selbst sich sterbend ab
und stöhnte und ertrank.

Der rote Hahn

Unter dem Protektorate von Göring

Das deutsche Propagandaministerium hat neue Plakate und neue Reiseprosperkte herausgegeben. Sie empfehlen den Besuch der »Volkschau für Feuerschutz und Rettungswesen« in Dresden und hängen an den Latztafeln sowie in den Reissbüros des In- und Auslandes zur Schau. Sie sehen so aus:

Vor brandgerötetem Himmel wölbt sich eine Kuppel, aus deren Seiten lodern die Flammen schlagen. Vielleicht soll's die Kuppel der Dresdner Frauenkirche sein, jedenfalls sieht sie der Reichstagskuppel zum Verwechseln ähnlich. Im Vordergrund hantieren zwei Feuerwehrleute, düstre Silhouetten gegen bedrohliches Brandrot, mit Spritze und Beil. Darunter liest man auf blutigem Grund die tief schwarze, ins Auge springende Inschrift:

Schirmherr: Reichsminister Göring.

Drüber lockend und groß der Titel jener Volkschau: »Der rote Hahn«.

Das ist ganz offensichtlich ein verspätetes Hochzeitsgeschenk des Josef Göbbels für seinen lieben Freund und Brandstifter Göring!

Gereinigt Eheleben

Das Reichsgericht hat jüngst entschieden, daß »eine schwere Beleidigung des Führers und Reichskanzlers durch den einen Ehegatten für den anderen Ehegatten grundsätzlich einen Scheidungsgrund bilden kann, wenn sie sich nämlich so ehezerrüttend auswirkt, daß dem anderen Ehegatten die Fortsetzung der Ehe nicht zuzumuten ist.«

Daraus ergeben sich ungeahnte Möglichkeiten für eine weitere Reinigung des deutschen Ehe- und Familienlebens. Wer seinen Ehepartner loswerden will, weil er seiner überdrüssig oder anderweit verliebt ist, der tut von nun an gut daran, dem nicht mehr Geschätzten kompromittierende politische Äußerungen zu entlocken. Man stellt dem Gespons zum Beispiel bei jeder unmöglichen Gelegenheit das leuchtende Vorbild des Kanzlers vor Augen, ob es sich nun um ungeputzte Stiefel, um angebrannte Suppen oder um einen verzehten Abend handelt. Wenn das Maß voll ist, bringt man sich am besten einen Zeugen mit, der den längst fälligen Ausruf: »Ich pfeif auf den Führer!« mit anzuhören und in seinem Herzen zu bewahren hat. Das weitere erledigt sich von selbst.

Nur eine Frage wird das Reichsgericht noch zu klären haben: Gelten führerfeindliche Äußerungen, die im Schlafe getan werden, gleichfalls als Scheidungsgrund? Dann kann man nur hoffen, daß Göbbels und Göring ihre Träume gut beobachten, sonst könnten Magda und Emmy eines Tages mit ihren Gatten kurzen Prozeß machen.

Kautsky—Engels

Im Orbis-Verlag, Prag XII., ist erschienen: Karl Kautsky, Aus der Frühzeit des Marxismus. (Briefwechsel Kautsky—Engels.) Brosch. K 70.—, gebunden K 80.—.

Die unendliche Mark

Palmström, wie er niemals sich läßt lumpen, Wirft mit Macht sich auf Finanzprobleme Und erfindet eine sehr bequeme Möglichkeit, um unbegrenzt zu pumpen.

Durch Diskont, durch Rediskont, Lombarden Zaubert Kapital er aus dem Nichtse. Jede Summe, die er braucht, — er krichtse, Tausende, Millionen, selbst Milliarden.

Einer leiht dem andern und zurücke, Dieser dem, der jenem — bis unendlich. Jedes Darlehen stopft — wie selbstverständig — Die vom andern aufgerissene Lücke.

Nun wird noch ein Schuldpapier behändigt, Das der Gläubiger bei der Bank beleihe. So statt jeder Mark entstehen zweie, Alsobald die Transaktion beendet.

Leih-Akt wird an Leih-Akt nun gekoppelt, Jeweils mit vermehrten Kapitalen: Schwupp — am Ende eines jedesmaligen Umschlags ist das Kapital verdoppelt!

In Potenzen geht's, in Fakultäten Aufwärts, wie mit jenem Weizenkorne Auf den Schachbrettfeldern. Die Moneten Fließen wie aus einem Wunderhorne.

Mit dem Aberglauben der Altvordern Ist bei der Methode nur zu brechen: Niemand — Grundsatz! — darf sich je erfreuen, Das Geborgte auch zurückzufordern.

Vor dem Kirchenbann

Wie lange wird der Vatikan das Dritte Reich noch tolerieren?

Man schreibt uns:

Entscheidende Veränderungen in den Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem Dritten Reich kündigen sich an! Sie können allerdings nur für den eine Überraschung bilden, der angesichts der bisherigen diplomatisch - opportunistischen Haltung des Vatikans zum nationalsozialistischen Regime geflissentlich übersehen hat, welche echte und tiefe, im Grunde unüberwindbare Gegensätzlichkeit in den Grundfragen zwischen dem Wesen des Nationalsozialismus und dem der alten Kirche besteht. Der von sehr weltlichen Erwägungen geleitete Opportunismus der Kurie war — das wird heute auch von katholischer Seite außerhalb des Reiches freimütig anerkannt — von mannigfachen Illusionen über das Wesen des Systems diktiert. Wie Papen selbst, der hitlerdeutsche Unterhändler bei den damaligen Konkordatsverhandlungen, mag das Kardinalstaatssekretariat im »deutschen Faschismus« nichts weiter als den Versuch der reaktionär-konservativen Kräfte des Landes gesehen haben, das Rad der deutschen Geschichte nach der »Novemberrevolte« von 1918 wieder nach rückwärts zu drehen und gegenüber dem marxistischen »Gewerkschaftsstaat« oder dem liberalistischen Gebilde parlamentarischer »Intelligenzien« wieder einen Machtstaat alter bürgerlicher »Ordnung« und Obrigkeitsgefühls wieder herzustellen. Man hielt so den Terror der braunen Mörder- und Brandstifterbanden, der sich ja auch gegen katholische Politiker, gegen katholische Gesellenhäuser und Zeitungen ebenso wie gegen die Sozialisten richtete, nur für die unentbehrlichen, aber auch wieder bald verschwindenden Geburtschmerzen einer jeden geschichtlichen Restauration. Dabei übersah man, daß weder das italienische noch erst recht das österreichische Beispiel auf das überindustrialisierte Deutschland angewandt werden konnte.

Man schloß also in einem Rekordtempo einen feierlichen Modus vivendi ab, merkte aber schon nach Tagen, daß das Allermeiste von dem, wofür sich die Kirche vom neuen Reich Brief und Siegel hatte geben lassen, geduldiges Büttenpapier blieb. Mehrfache Versuche während des ganzen Jahres 1934, durch nähere Ausführungsbestimmungen zu dem interpretationsfähigen, improvisiert zusammengestellten Konkordatsentwurf die Rechte der Kirche stärker zu sichern und die Garantie auch der regierenden Partei für die Durchführung des Vertrages zu erhalten, scheiterten in ihrem letzten Stadium. Der Grund dafür war nicht zuletzt darin zu suchen, daß die Kirche hoffte, durch eine den Gesichtspunkten der hitlerdeutschen Außenpolitik in der Saarfrage Rechnung tragende Gesamthaltung eine für sich günstigere Verhandlungslage erringen zu können. Unter dem Vorwand, daß der

Kardinalstaatssekretär am Eucharistischen Kongreß in Südamerika teilnehmen müsse, wurde im November 1934 die letzte Ausgabe dieser Konkordats-Ausführungsverhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt; sie sind seitdem nicht mehr aufgenommen worden.

Mittlerweile aber hat sich vieles ereignet! Und wirklich nicht nur die Erfahrung von der Saar, mindestens eben so wichtig ist, daß der Glaube des Vatikans, das Hitler-System als einen im Moralischen gleichwertigen Faktor behandeln zu können, dem man nach alter Uebung mit dem do ut des beikommen kann (macht übrigens gegenwärtig England nicht denselben Denkfehler und sein tragisches Resultat durch?) gerade nach diesem Saar-Ereignis völlig getrogen hat! Nach der Saar-Episode ist der braune Kulturkampf mit neuer Schärfe entbrannt. Dafür zwei Beispiele:

Erst dieser Tage hat der Leiter der »Deutschen Arbeitsfront«, Dr. Ley, erneut versichert, daß eine Doppelmitgliedschaft bei der Arbeitsfront und bei den katholischen Arbeiter-Verbindungen nicht geduldet werde. — Zur selben, allerjüngsten Zeit erfolgte der neue Schlag der Hitlerer gegen die katholische Presse. Zeitungen mit »konfessionellem Sonderinteresse« werden von jetzt ab im Dritten Reich nicht mehr geduldet! Soweit freilich hier auch die große katholische Tagespresse zunächst mit betroffen war, hat der Presse-Diktator Amann einen Rückzug antreten müssen. Allerdings — und gerade das ist so unendlich charakteristisch für die Zustände! — nicht etwa auf die Vorstellungen der Bischöfe hin, die hier ihre im Konkordat verbrieften Rechte hätten vorweisen können, sondern infolge des Druckes der — Papierfabrikanten, die sich hinter dem großen Schacht verschanzt hatten und im Verbot der katholischen Tagesblätter eine schändliche Schmälerung ihrer Dividende erblicken mußten. Aufrecht erhalten ist aber aus der neuen Verfügung das Verbot für alle katholischen Kirchenblätter, in die — bei der Gleichschaltung ihrer eigentlichen Tagespresse — sich der Widerstand des Katholizismus gegen die Hitlerer, soweit es sich um religiöse Dinge handelte, in den letzten Jahren immer mehr zu flüchten versucht hatte und die dadurch eine weit über ihre frühere publizistische Bedeutung hinausreichende Rolle in den Auseinandersetzungen zwischen Soutane und Braunhemd erhielten.

Von der anderen Seite — um auch hier nur das eine zu vermerken — erregte die letzte Friedensbotschaft des Papstes an die Völker, die, abgegeben bei Gelegenheit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht durch Deutschland, in der beschwörenden Form eines feierlichen, oberhirtlichen Anathemas den Fluch Gottes gegen die Völker zitierte, »die den Krieg wollen«. — Das

Berliner Kirchenblatt, das diese päpstliche Adresse an die Völker im Wortlaut bringen wollte, wurde sofort beschlagnahmt.

So treibt denn der Kirchenkampf in Deutschland einer ganz neuen Situation zu, in der auch die Kirche nicht mehr die alte Stellung, ihr vom traditionellen Opportunismus in allen politischen Fragen zugewiesen, halten kann. Aufsehen erregend ist, daß die Kirche diese große, unmittelbar bevorstehende Aenderung ihrer bisherigen Politik jetzt auch offiziell ankündigt. In der Wiener »Reichspost«, die jetzt der Vatikan gern für deutsche Angelegenheiten als sein Sprachrohr benutzt, wird in auffälliger Form (Ausgabe vom 2. Mai) folgende Note veröffentlicht:

Rom, 9. Mai. Von wohlinformierter Seite geht uns folgende Mitteilung zu: Im Kardinalstaatssekretariat ist ein ausführlicher Lagebericht des Berliner Apostolischen Nuntius Monsignore Orsenigo eingegangen, der die Unterlage für die weitere kirchliche Politik des Vatikans Deutschland gegenüber bilden wird. Insofern darf man sagen, daß die Beziehungen Deutschland-Vatikan, als Spiegel der inneren kulturellen Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Deutschland, vor einer neuen und entscheidenden Entwicklung stehen. Es wird dabei nicht verhehlt, daß eine Spannung und Zuspitzung eingetreten ist, die eine kirchenpolitisch überaus ernste Zukunft erahnen läßt. Infolge der Verhältnisse, beziehungsweise bereits als Zeichen der immer schwerer zu erreichenden Uebereinstimmung selbst in Einzelfragen ist nach römischer Auffassung auch mit einer raschen Neubesetzung des bischöflichen Stuhles von Berlin nicht zu rechnen, da es die Berliner staatlichen Stellen sind, welche politische Einwendungen erheben.

Das anscheinend unmittelbar aus dem Kardinalstaatssekretariat stammende Bulletin zählt dann im einzelnen die neuen Formen der Verschärfungen des Kulturkampfes der Nazis gegen die katholischen Lebensinteressen auf und schließt mit der offiziellen Ankündigung, daß man über die Orsenigosche Denkschrift hinaus noch weiteres Material aus Deutschland abwartet, um damit eine bereits beschlossene und in Vorbereitung befindliche Protestaktion des Vatikans in Berlin zu begründen.

Das ist die immer noch recht vorsichtige Sprache der Kirche unmittelbar vor dem Sturm: um beim preußischen Kriegskatechismus verbaltechnisch zu bleiben — noch nicht die Kriegserklärung und die Mobilmachung selbst, aber doch die »Erklärung der drohenden Kriegsfähigkeit« und damit der eigenen Kriegsbereitschaft!

Im Besitze des Arkanums wandelt Palmström strahlend zum Reichsbankgebäude, Wo Schachts Hohngelächter stört die Freude, Welcher längst nach der Methode handelt! Christian Abendstern.

Banden und Banditen

Als der Krieg zu Ende ging und in Deutschland ein Neues beginnen sollte, lungen im ganzen Reiche, in den großen Städten, in den Landorten, auf den Gütern des deutschen Ostens junge Menachen umher, die sich vom Kriege nicht trennen konnten. Sie ließen angefangene berufliche Arbeit bald wieder liegen, weil es sie nicht nach nüchterner Pflichterfüllung verlangte, sondern nach kriegerischen Heldentaten, nach geheimnisumwittertem Verschwörertum nach — wie sie es nannten — »nationaler« Märtyrerschaft. In Bünden schlossen sie sich zusammen, marschierten hinter den Fahnen der schwarzen Reichswehr, hinter den Bannern des Wehrwolf, der Brigade Erhardt — und später hinter dem Hakenkreuz. Überall wo Landknechtsarbeit gebraucht und geschätzt wurde, überall wo man Verschwörungen gegen die Republik schmiedete, überall wo es Attentate gab, wo randaliert und geschossen wurde, waren sie dabei, Kleinbürger- und Bürgersöhne, Studenten ohne Geld, Leutnants ohne Zukunft, Handwerkerkinder ohne Liebe zum Handwerk, Bankbeamte mit dem Hang zum »Besessenen«, Entgleiste aus allen Schichten.

Einer von diesen Bandenkämpfern, die unter verschiedensten völkischen Abzeichen gegen die deutsche Republik und die sozialistische Arbeiterschaft kämpften, hat jetzt in einem Pariser Verlag (Editions Du Carrefour)

ein Erinnerungsbuch herausgegeben »Söldner und Soldat«. Der Verfasser Bodo Uhse schloß sich als junger Mensch einem jener Bünde an, die nach und nach von der Hitlerbewegung aufgesogen wurden. »Wir lebten in einer Atmosphäre, gemischt aus Verschwörertum und Spielerei, sagt Uhse in seinem Buch, das er fälschlich Roman nennt und das nur eine Aneinanderreihung erlebter Aufmärsche, Putsche, Saalschlachten, Straßenkämpfe, Verschwörungen und Raufereien ist. In der Verlängerung wird Banditentum daraus.

Uhse hat viele von jenen, die heute Deutschland brutalisieren, in ihrer Frühzeit, in ihren »kleinen Anfängen« gekannt. Hitler und Göring, Rosenberg und Frick, Göbbels und Feder tauchen als wendige politische Spekulanten auf, einer wie der andere von Beginn an bereit, sich selbst und die Idee an den Meistbietenden zu verkaufen. Uhse wandte sich der Opposition um Straßer zu, wurde auch dort enttäuscht und erlebte den Ausbruch des Dritten Reiches schon bei den Kommunisten. Dies wird nicht seine letzte Wandlung sein, denn er gehört, wie seine ehemaligen Führer, zu jenem barbarischen Lager, dem die Idee nichts und die Gewalt alles ist. Pate stand der Weltkrieg.

Auf einen südöstlichen Schauplatz des Banditentums führt der Roman Orient-Express (Querido-Verlag). Sein Verfasser A. den Doollaard ist ein holländischer Schriftsteller, der Mazedonien gut kennt. Was er auf seinen Streifzügen über die Kämpfe der serbischen und bulgarischen Komitadscha erfuhr, macht den Inhalt seines umfangrei-

chen Romans aus. So entsteht ein Stück dichterisch gesehener Geschichte der mazedonischen Freiheitsbewegung, einsetzend in der Türkenzeit, mündend in die Gegenwart. Was einst als Kampf gegen Unterdrückung der nationalen Minderheiten begann, entartet nach Verjagung der Türken, nach der süd-slawischen Einigung von 1918 und der Aufteilung Mazedoniens sehr bald in Verschwörertum Putschismus und Cliquenkämpfen. Es kommt dem Autor nicht so sehr darauf an, ob er diese oder jene führende Komita-Gestalt richtig gesehen und gewertet hat, sondern auf die epische Darstellung eines Freiheitsgedankens und seiner tragischen Verzerrungen. Heute, im Zeitalter der Balkanverständigung, mutet das jahrzehntelange Blutvergießen um Mazedonien sinnloser an denn je. Da Doollaard ein Dichter ist, so entsteht unter seiner Feder nicht nur ein belebtes Geschichtsbild, sondern balkanisches Leben in brennender, bunter Echtheit. B. Br.

Das gefährliche Lachen

Das Deutschland der Vorhitlerzeit pflegte das literarische Kabarett. Neben jener faden, pointenlosen »Kleinkunst« die sich mit verkitschter Erotik begnügte und, ohne künstlerische Ambition, einzig und allein Dienerin eines zweifelhaften Amüsements war, gab es besonders in Berlin ein zeitnahe, sozial und politisch interessiertes Kabarett, dessen Aggressivität einer zweckvollen, satirischen Durchdringung des Alltags gewidmet war.

Dieses Kabarett war weit mehr als Propaganda, es war Literatur, gesprochene, gesungene, gemimte Literatur, geschaffen und dargestellt von jungen Menschen, die sich mit

Kindermord

Die modernste deutsche Aufbauschule in Berlin-Neukölln, die »Karl-Marx-Schule«, hatte für kurze Zeit unter der Republik einen Lehrer Schwedtko, der sich besonders modern und republikanisch gebärdete, aber bald wegen Unfähigkeit entlassen werden mußte. Wie alle krummen Seelen, rächte sich der Schwedtko. Er ging zu den Nazis, lieferte die erforderlichen Verleumdungen gegen die Schule und ihre Lehrer, die dann auch im »Angriff« des Göbbels entsprechend verwendet wurden.

Hitler kam, die Karl-Marx-Schule wurde das Kaiser-Friedrich-Real-Gymnasium und der Direktor wurde natürlich der Verleumder Schwedtko. Er hatte sein Ziel erreicht. Dieser Nazi-Schulbonze ärgerte sich weidlich über manche Schüler und Schülerinnen, die ihn, anscheinend bereits geistig überlegen, häufig in Schwierigkeiten brachten. Wahrscheinlich aus einem solchen Anlaß machte er in die Schulakten der klugen Sonja Bauer den Vermerk: »politisch nicht einwandfrei und vorlaut.«

Der Schwedtko ist längst verflissen, seine Unfähigkeit war sogar im Dritten Reich aufgefallen, aber seine Handlungen wirken weiter. Sonja Bauer, das »politisch unzuverlässige und vorlaute« Kind, war inzwischen sechzehn Jahre alt geworden, hatte nach Abschluß der Untersekunda die mittlere Reifeprüfung mit Auszeichnung bestanden und wollte nun ins Leben hinaus. Am 29. März 1935 bekommt sie ihr Abgangszeugnis, ihre Leistungen sind hervorragend, aber da steht die ominöse Bemerkung: »Politisch nicht einwandfrei und vorlaut.« Sie wendet sich deshalb an ihren Klassenlehrer, der die Eintragung lebhaft bedauert, aber er habe es leider nicht verhindern können, denn auf einen Konferenzbeschuß sei der Aktenvermerk in das Abgangszeugnis übertragen. Dadurch erfährt Sonja die schädliche Handlung des Schwedtko. In ihre Empörung, die von den Mitschülerinnen geteilt wird, mischt sich tiefste Niedergeschlagenheit, denn sie ist klug genug, die Wirkungen dieser Eintragung abzuschätzen auch ohne die häßliche Bemerkung eines Nazi-Lehrers: »Na, Fräulein, mit diesem Zeugnis werden Sie wohl keine Stellung im Dritten Reich bekommen.«

Dem lebensfrohen, in der Schule so tüchtigen Mädchen, stürzt eine ganze Welt mit ihren Hoffnungen und Verheißungen zusammen. In ihrer furchtbaren Erschütterung sieht sie anscheinend keinen Ausweg und am Tag darauf, am 30. März 1935, macht sie ihrem jungen Leben durch Erhängen ein Ende. Schwedtko ist ihr Mörder und ebenso schuldig sind die Nazi-Lehrer an der Schule, schuldig an dem Tod dieses Kindes ist das ganze undenkliche, schändliche System.

Am 3. April 1935 wurde die Leiche im Krematorium Wilmersdorf eingeschert. Sehr viele Schulkameradinnen hatten sich heimlich klassenweise verabredet und kamen zu der Trauerfeier, von den schändlichen Mördern hat sich niemand sehen lassen.

Eine Mutter wacht

»Sorge und ernstes Bedenken« — Wer hat die Verantwortung?

Am vorigen Sonntag war nicht nur Muttertag — es wurde auch gleichzeitig in Düsseldorf die Reichsausstellung »Frau und Volk« eröffnet. Rührseligere Reden als in dieser Woche sind selbst im Dritten Reich selten gehalten, sentimentale Artikel, schmachtendere Gedichte, süßlichere Bilder selten veröffentlicht worden. Ueberhaupt wird in keinem Lande der Erde gegenwärtig der Mutterkult so aufdringlich und lärmvoll betrieben wie in Deutschland — und doch ist die Mutter in keinem Lande der Erde so entrechtete, erniedrigt und beseitigt gestellt als eben im Reiche des Adolf Hitler.

Bezeichnend ist ein im Zentralorgan des Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen erscheinender Aufsatz des Direktors Dr. Weblor vom Deutschen Jugendarchiv, Berlin. Es werden darin Vorschläge zur Neuformulierung der Erziehungsrechte im nationalsozialistischen Staat gemacht. Das Recht der Eltern an der »Aufzucht« der Kinder, so versichert der Schreiber, werde zu einer in unbeschränkter Verantwortung übernommenen Pflicht im Auftrag des Volkes und unter Aufsicht des Staates. Eine Gleichstellung beider Elternteile in dieser Frage während des Bestehens der Ehe widerspräche nationalsozialistischen Grundsätzen, nach denen der Vater als Oberhaupt der Familie alle ihre eng miteinander verflochtenen Rechte einheitlich wahrte.

Also erst kommt der Staat, dann der Vater — und wenn sich um eine neue Jacke für den Jungen handelt, darf vielleicht auch die Mutter ein Wörtchen mitreden. Ueber die Rolle des Staates wurde an dieser Stelle schon oft geschrieben, mehr als einmal wurde ausführlich geschildert, in welcher Weise die Hitlerjungen und die BDM-Mädchen ihren Elternhäusern entfremdet, mit welcher Planmäßigkeit sie seelisch verdorben, geistig verumt und körperlich geschädigt werden. Heute geben wir einer deutschen Mutter das Wort, einer völkischen Mutter sogar, die mit dem günstigsten Vorurteil den Entwicklungsgang der Hitlerjugend verfolgte und die heute unter der Not ihrer und anderer Kinder derart leidet, daß sie in einer reichsdeutschen Zeitschrift zu protestieren wagt. Und das will viel heißen.

Yella Erdmann schreibt in der »Deutschen Kämpferin«, Verlagsort Berlin, unter der Überschrift: »Wer hat die Verantwortung für die Jugend?«:

»Die deutschen Frauen sind ausgezeichnete Mütter, stellte kürzlich wieder eine Aertzin fest. Und wenn seit längerer Zeit ein starker Rückgang der Säuglingssterblichkeit zu verzeichnen ist, wenn überhaupt die Menschen gesünder geworden sind, so ist das nicht zuletzt ein Verdienst der Mütter... Es kann also nicht auf dem Vorwurf mangelhafter und ungenügender Leistungen beruhen, wenn den heutigen Müttern gerade auch die körperliche Pflege und Fürsorge für ihre Kinder zum Teil über den Kopf weggenommen

men und ihrer Verantwortung und Gewalt entzogen wird. Es ist wahrhaftig nicht bloßer Machttrieb, nicht ein Ressentiment über verlorengehende Herrschaftsgebiete, wenn jetzt so viele Mütter mit großer Sorge den staatlichen Jugendorganisationen und ihrem Anspruch auf die Jugend gegenüberstehen. Sondern gerade das Verantwortungsgefühl für das Ganze, für die Zukunft unseres Volkes, also unserer Jugend, ist es, was die Herzen der Mütter in Sorge und ernstem Bedenken dem zusehen läßt, was die Jugendorganisationen speziell auf gesundheitlichem Gebiet mit ihren Kindern anfangen.

Ich möchte hier aus leicht verständlichen Gründen auf das Anführen konkreter Beispiele verzichten... Worauf es mir ankommt, ist das Grundsätzliche, die Frage nach der Verantwortung für das gesunde Heranwachsen unserer Jugend.

Wer soll diese tragen? In einem ministeriellen Erlaß wurde ausgeführt, daß Schule, Elternhaus und Hitlerjugend jede ihre besonderen Aufgaben und ihre besondere Verantwortung hätten, aber alle auch zugleich eine gemeinsame. Das klingt sehr schön und klar; aber es ist trotzdem nur theoretisch. Der junge Mensch ist ja nicht aus dreigeteilt; er ist eine Ganzheit, und wenn einer der auf ihn einwirkenden drei Faktoren in gesundheitlicher Beziehung (und nur von dieser soll jetzt die Rede sein) Fehler macht, dann wird der ganze Mensch geschädigt, und kein Entgegenwirken der teilverantwortlichen anderen Erzieher kann diese Schädigung wieder gutmachen. Konkreter gesagt: wenn z. B. unsere jungen Mädchen etwa durch allzuangesesenes Stehen — das im Entwicklungsalter ja sehr bedenklich sein kann —, oder durch längeres Liegen auf feuchtem oder kaltem Erdboden einen gesundheitlichen Schaden davontragen, dann nützt es nichts mehr, wenn die Mutter zu Hause sie hinterher ins Bett steckt. Oder wenn z. B. ein zartes Mädchen, das gerade ein Bedürfnis nach Schonung empfindet, trotzdem am Staatsjugendtag größeren körperlichen Anstrengungen unterworfen wird, weil »Ausnahmen nicht gemacht werden«, dann hilft es nichts, wenn sie andererseits in der Schule zeitweilig vom Turnunterricht befreit ist. Das selbe gilt natürlich auch für Knaben, die etwa auf langen Fußmärschen überanstrengt werden. Diese großen Märsche sind vielleicht für sehr kräftige Kinder keine Überlastung; aber gerade Menschen der nordischen Rasse sind häufig im jugendlichen Alter von zarter und anfälliger Konstitution und wachsen sich erst nach den Entwicklungsjahren zu gesunden, zähen und leistungsfähigen Menschen aus. Mit Abhärtung und Training ist es hier nicht getan; es ist auch Schonung und Berücksichtigung der besonderen körperlichen Anlage nötig.

Und hier muß eben das Elternhaus eintreten, aber es muß auch eintreten dürfen.

Und daß es nicht eintreten darf, dafür sorgen die Führer der Hitlerjugend mit brutaler Gewalt. Hier klagt eine Mutter aus gut bürgerlichen Kreisen, eine Mutter also, die durch kräftige Kost und andere häusliche Pflege die Schäden des Landsknechtslebens an ihren Kindern wenigstens einiger-

maßen wettmachen kann. Welche Verheerung wird erst in der proletarischen Jugend angerichtet, der ein solcher Ausgleich von den Eltern, die selber Not leiden, gar nicht oder nur mangelhaft gewährt werden kann! Im übrigen betont die Verfasserin immer wieder, es solle hier nur von der gesundheitlichen Gefährdung des deutschen Nachwuchses die Rede sein. An einer Stelle gleitet sie aber unwillkürlich auf das Gebiet seelischer Schädigung über. Sie schreibt:

»Von selten erfahrener Führer der Hitlerjugend wird der Einwand geltend gemacht: wenn die Bestimmung über Beteiligung oder Nichtbeteiligung an den allgemeinen Unternehmungen der Jugendverbände vorbehaltlos in die Hand der Mutter gelegt wird, dann reißt Willkür und Disziplinlosigkeit ein. Die Kinder haben oft einmal keine Lust, zu den angesetzten Veranstaltungen zu erscheinen und stecken sich dann hinter die Mutter, die ihnen bereitwillig einen Entschuldigungszettel schreibt. Das ist natürlich nicht wünschenswert. Aber hier liegt der Fehler nicht allein an den allzu nachgiebigen Müttern. Es ist Sache der Jugendorganisationen, ihre Unternehmungen so zu gestalten und ihre Glieder so zu erziehen, daß ihnen die Teilnahme an den gemeinsamen Veranstaltungen nicht als Zwang erscheint — durch Drohungen unterstützt und ungern auf sich genommen —, sondern als Freude und Ehre.«

»Durch Drohungen unterstützt und ungern auf sich genommen... soweit ist es also, Auflehnung gegen den brutalen Drill setzt ein, die kindlichen Seelen wehren sich, den feiner besaiteten Jugendlichen graut es vor dem Landsknechtsdasein, das man sie zu führen zwingt. Davon ist freilich in den offiziellen Jugendzeitschriften nichts zu lesen.

Es ist diesen Anklagen und Warnungen einer deutschen Mutter nichts hinzuzufügen. Daß die maßgebenden Stellen sich nicht darum scheren werden — dessen sind wir sicher, denn die Kinder gelten ihnen, genau wie die erwachsenen Menschen im Dritten Reich, nur als Figuren im Machtspiel der Diktatoren. Heute Exerzierplatz, morgen Kanonenfutter. Aber Müttertage werden gefeiert, pomphafter und rührseliger denn je. Und über allen Veranstaltungen zu Ehren der »deutschen Frau und Mutter« thront als Schutzpatronin — die Lüge.

Friedensnobelpreis. In London sind gegenwärtig Bestrebungen im Gange, den Friedensnobelpreis für dieses Jahr dem noch immer in einem Konzentrationslager gefangen gehaltenen deutschen Schriftsteller Carl v. Ossietzky zuzuerkennen. Seine Kandidatur hat, wie man hört, die Unterstützung mehrerer früherer Nobelpreisträger erhalten, und sie scheint in England auch bei den Leuten Anklang zu finden, deren Stellungnahme bis zu einem gewissen Grad den Ausschlag geben dürfte.

allen lebendigen Kräften der Zeit verbunden fühlen.

Die Autoren und auch die Darsteller nahmen kein Blatt vor den Mund, und so manches blaue politische Bonmot, das dann seine Runde durch die Millionenstadt Berlin machte, ist auf einem kleinen Kabarett-Podium geboren worden.

Dann kam die Diktatur der Mythoschmücker und Konzentrationslageranbeter, der Anti-Kulturellen und Humorlosen. Das politische Kabarett verschwand und machte primitivem patriotischem Tingeltangel Platz.

Ueber ein Jahr lang herrschte im deutschen Kleinkunstbetrieb die Kirchhofruhe des nationalsozialistischen »Umbruchs«. Vor einiger Zeit nun begannen in zwei Kabaretts schüchtern Tasterversuche zu einer kabarettistischen Gewinnungsliteratur.

Die »Katakomben«, ein Kabarett mit guter Vergangenheit, und »Das Tingeltangel« ließen, wenn auch getarnt und aus der Perspektive freier Menschen gesehen, unendlich harmlose politische Pointen in die Ode des reglementierten Programms einfließen. Die beiden Bühnen hatten riesigen Zulauf. Die höhere nationalsozialistische Bürokratie, das oppositionelle »arische« Bürgertum, Studenten, ein paar noch nicht völlig wurmatichige Intellektuelle füllten die Häuser, die Abend für Abend ausverkauft waren.

Sie machten das sehr behutsam. Folgendermaßen zum Beispiel: Der Konferencier tritt auf und sagt: »Unser Programm wird durchgeführt! Große Heiterkeit im Zuschauerraum. In der Katakomben wurde die an sich ja so sanfte Zahnarzt-Szene zu einer Berliner Sensation. Ein Mann

kommt zum Zahnarzt. Öffnet aber den Mund nicht. Gültliches Zureden ist vergeblich. Da wird der Zahnarzt ungeduldig und schreit: »Zum Donnerwetter, so öffnen Sie doch endlich den Mund!« Ich werde mich hüten —« wehrt der Patient entsetzt ab.

Und das Tingeltangel brachte die »Ballade vom bleichernen Hermann«. Nicht ohne Anspielungen auf den Morphiumdiktator.

Das alles hat nun mit einem Schlage ein Ende genommen. Die Kabaretts wurden geschlossen, beide Ensembles vollzählig in Haft genommen und wie amtlich mitgeteilt, am letzten Samstag in ein Konzentrationslager geschafft, um »endlich einmal solide und ehrliche Arbeit kennen zu lernen.« Sie sollen den »neuen Staat vor Juden verächtlich gemachte haben.

Die Katakomben ist geschlossen — Schauspieler, Schauspielerinnen und Regisseur reinigen unter Aufsicht der SS Konzentrationslagerlatrinen. Aber Streicher wird Berlins Polizeipräsident. Das ist der »Humor des Dritten Reiches.« Pierre.

Zwangs-Theater

»Mit Befremden muß eine neuerliche Ueberfremdung des Spielplans der deutschen Bühnen festgestellt werden. Vielfach zeigt sich ein Mißverhältnis in der Zahl der ausländischen und der deutschen Autoren. Dieser Zustand steht im Gegensatz zu den Absichten nationalsozialistischer Kulturpolitik. Vor allem wird lebenden Autoren oft mit ängstlicher Scheu aus dem Wege gegangen. Um diesem Uebel zu begegnen, wird angeordnet, daß in Zukunft das Verhältnis zwischen

Stücken deutschen und ausländischen Ursprungs mindestens 4:1 betragen muß.«

(Amtlicher Erlaß an die reichsdeutschen Theater.)

Da wird sogar Joseph Göbbels auf die Bühne kommen müssen!

Literaturbetrachtung . . .!

Alexander Dumas, ein Halbneger, hat eine Jüdin geheiratet: Dumas Sohn ist also eine raffinierte Mischung aus Juden, Neger und Franzosenblut. Seine Werke spiegeln deutlich die Spuren dieses Gemisches. Zola stammte aus Dalmatien und ist ein Konglomerat der ostischen, jüdischen und westlichen Rasse. Sein brutaler Naturalismus... ist ebenfalls das Ergebnis seiner Herkunft. (Aus dem »Illustrierten Beobachter«.)

Automobil und Klassenkampf

Auf der Berliner Tagung der Association Internationale des Automobil-Clubs Reconnaissance hat Adolf Hitler eine Rede gehalten und — nach deutschen Zeitungsberichten — die großen Worte gesprochen:

»In dieser Zeit großer Umwälzungen werde auch das Automobil zu einem Werkzeug der Ueberwindung der Klassengegensätze werden.«

Nun — braune Reichsbanken, Staatsbanken, Ober- und Unterbanken, die vor dem Umsturz keinen Pfennig Vermögen besaßen, haben sich seither die feinsten und schnittigsten Automobile angeschafft. Wenn Hitler das »Ueberwindung der Klassengegensätze« nennt, dann hat er in der Tat die Wahrheit gesprochen.

Sind sie schon so weit?

Aus der »Nationalsozialistischen Polizeikorrespondenz«:

»Der Gau Ausland des NS-Juristenbundes hat eine Weltkarte aller arischen Rechtsanwölter, Notare, Patentanwälte und Wirtschaftsrechtler eingerichtet. Diese Weltkarte wird es in einigen Monaten ermöglichen, in allen Erdteilen im nationalsozialistischen Sinne geeignete Rechtswahrer namhaft zu machen und Juden... auf dem Gebiet des Rechts auszuschalten.«

Die Herren der Welt — —!

Die unanständigen Anständigen

»Der Ekel packt mich, wenn ich das Wort vom »unanständigen Juden« höre. Der anständige Jude ist der schlimmste! Er vergrößert nur die Verwirrung.«

(Aus dem »Stürmer«.)

Die Juden haben nun einmal die Pflicht, von Stürmers wegen unanständig zu sein.

Betrunkenes Land

Die Aprilnummer der »Stadtmisere«, Berlin, berichtet:

»Leider müssen wir konstatieren, daß die Trunksucht wieder im Steigen begriffen ist. Die Zahl der notorischen Trinker ist erschütternd. Nach der Statistik ist von 1933 auf 1934 der Alkoholkonsum um 15 Prozent gestiegen. Im Jahre 1934 wurden über drei Milliarden vertrunken.«

Je mehr der Rausch schwindet, desto schneller nehmen die Rausche zu, mit der Not wächst die Sehnsucht nach Betäubung. Aber das Erwachen und der Katzenjammer sind unvermeidlich.

»Volksnahes Recht«

Der Einbruch der Barbarei ins Strafrecht

Wenn das intensive Tempo, mit dem man an dem braunen Strafrecht unter der Leitung des Reichsjustizministers Dr. Gürtner, jenes Bajuvaren, der sich 1923 seinem »Führer« in seiner Eigenschaft als bayrischer Justizminister gefällig erwiesen hatte, so weiter arbeitet, so wird im Herbst 1935 ein neues Strafrecht in Deutschland das Licht der Welt erblicken. Das Strafgesetzbuch vom 15. Mai 1871, welches von dem sogenannten römischen Recht beeinflusst ist, wird einem neuen, braunen Strafrecht, welches Gürtner ein »volksnahes Recht« nennt, weichen müssen.

Wurde 1871 verkündet, daß nur der zu rechnungsfähige Täter bestraft werden soll, wenn ihm die Tat nachgewiesen ist, so steht das neue braune Strafrecht auf dem Standpunkt, daß künftig eine Tat auch dann unter Strafe fallen soll, wenn »der buchstäbliche Inhalt irgendwelcher Gesetze« auf diese nicht zutrifft. Es genügt den Herren im »braunen Talare«, wenn die Strafwürdigkeit sich aus dem gesunden Volksempfinden ergibt und wenn der Rechtsgedanke, daß zu strafen ist, sich irgendwie in anderen Gesetzesanalogien findet. So verkündet es Gürtner selbst anlässlich der Beendigung der Lesung des »besonderen« Teiles des kommenden Strafrechts. Man paßt hiedurch das Strafrecht den durch den nationalen Umbruch gänzlich veränderten Voraussetzungen an. Also »volksnah«!

Herr Freisler, Staatssekretär im Justizministerium, war deutlicher, als er bei der Behandlung des allgemeinen Teiles sagte, daß das Gesetz »in erster Linie und deutlich erkennbar ein Spiegelbild des nationalsozialistischen Weltbildes sein« müsse. Das ist es denn auch!

Man geht nicht zu weit, wenn man behauptet, daß es sich bei diesem Strafrecht nicht so sehr um ein Willensstrafrecht, wie Freisler es nennt, sondern um ein Gesinnungsstrafrecht handelt. »Es gibt keine anständigen Verbrecher«. Darum schaffte man die Festungshaft ab, darum verschärfte man die Strafen. Den Richtern wird auf den Weg gegeben, daß sie nicht mehr wie früher in die »früher viel beklagte kraftlose Haltung« zurückfallen. Das kommt bei dem Strafrahmen voll zur Geltung. Alles ist getan, um die Gefahr einer Verweichlichung zu vermeiden.

Interessant ist, daß Freisler bescheiden von »sozialistischen Tendenzen« im neuen Strafrecht spricht. Darunter versteht er zum Beispiel die Zersetzung des völkischen Arbeitswillens, der Arbeitsdienstverweigerung, der Störung der Betriebssicherheit, und er nennt es selbst, was wir alle erraten, Streik. Die Herren Vögler und Krupp werden mit diesen sozialistischen Tendenzen durchaus zufrieden sein. Das ist das »volksnahe« Strafrecht!

Wenn Gürtner selbst erklärt, das Palladium »keine Strafe ohne Gesetz« sei fallen gelassen, so kann man einigermaßen erfassen, bedenkt man, daß auch die strafprozessualen Vorschriften zu Ungunsten des Angeklagten reformiert worden sind, was es bedeutet, vor einem nationalsozialistischen Richter unter diesem Gesetze zu stehen. Schon jetzt ist erwiesen, daß Gesinnungstaten, wie zum Beispiel das Festhalten an der sozialistischen Idee und ihre Propagierung, jede andersgeartete Tätigkeit unter barbarische Strafe auf Grund der von der Hitler-Regierung bis zur Einführung des neuen Strafrechts erlassenen Verordnungen stehen.

So hat denn die Strafrechtskommission den aufgezeigten Weg fortgesetzt, wenn sie entsprechend dem klaren Willen der Regierung die neuen Begriffe des »Volksverrats«, »Volksverleumdung«, »Volksbeschimpfung«, »Beschimpfung völkischer Vergangenheit« und »nationale Symbole«, Entweihung von Ehrenmalen und Beschimpfung deutschen Brauchtums« in das neue Strafrecht aufgenommen und unter harte Strafe gestellt hat. Das Richtertum ist im Strafen nur nach unten begrenzt, kann also seinen Mut beinahe willkürlich an den »Volkschädlingen« kühlen.

Was wäre anders zu erwarten, daß auch im kommenden Strafrecht die Angriffe auf die Wehrkraft und die geistige und seelische Haltung des Volkes und auf seine Wirtschaftskraft unter Strafe gestellt werden. »Angriffe auf die geistige und seelische Haltung? Wie will man solche juristisch erfassen? Wo sind die Tatbestandsmerkmale für einen Angriff auf eine metaphysische Unbestimmtheit?

Immer wieder wird erklärt, das neue Strafrecht stellt nicht die Rechtssphäre des Einzelnen in den Vordergrund, sondern läßt sie gegenüber dem Rechtsschutz und den Interessen der Allgemeinheit zurücktreten. Die Volksgemeinschaft müsse geschützt, ein neuer Begriff der Volksehre festgelegt werden.

Es ist der Sinn jedes Strafgesetzes, die Gemeinschaft vor dem Rechtsbrecher zu schützen. Selbst in den von den Nazis so verklärten Erklärungen der Menschenrechte wird immer das Allgemeinwohl vor das Einzelwohl gestellt.

Der besondere Teil des neuen deutschen Strafrechts, der jetzt verkündet wird, aber unterscheidet sich grundsätzlich von allen Strafgesetzen der Welt darin, daß es die neuen Strafrechtsbegriffe geschaffen hat, um die Gesinnung unter Strafe und das Strafrecht in den Dienst der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei zu stellen.

In dem jetzt in der deutschen Presse über das neue Strafrecht veröffentlichten Artikeln wird immer wieder gesagt, daß der unter dem alten Geheimrat Kahl geschaffene Entwurf für ein neues Strafrecht allen nur denkbaren Sonderinteressen diene. Es sei nicht aus einem Guß gewesen, es hätte dem Verbrechen, gewollt oder ungewollt, Vorschub geleistet, es hätte zum Beispiel die Mutterschaft nicht geschützt u. a. m.

Wer aber jene Debatten der Strafrechtskommission des Reichstages der vergangenen Weimarer Republik verfolgt hat, wird bezugen können, daß alle Arbeit darauf gerichtet war, dem allgemeinen Wohl zu dienen. Der zustande gekommene Entwurf war daher auch das ungefähre Spiegelbild der Auffassung des ganzen deutschen Volkes und nicht nur einer Partei.

Mit Recht hat man sich aber gegen die Einschränkung des freien Ermessens bei einer dem Volke so wenig verbundenen Richterschaft gewehrt. Wie konnte dieses freie Ermessen auch eingeengt werden, wenn der deutsche Richter nicht die soziologischen Ursachen einer Tat begriff oder begreifen wollte.

Daß wir mit dieser Auffassung Recht haben, beweist, abgesehen von den barbarischen Verurteilungen der Gesinnungstäter, auch die Strafmaße bei den Kriminellen. Es soll ihnen Hören und Sehen vergehen, das ist die Tendenz des »volksnahen Strafrechts« im Dritten Reich. Warum ein Angeklagter gestohlen hat, ob aus Not oder anderen Gründen, ist gleichgültig.

Eigentlich gibt es überhaupt kein Mittel mehr, der Justizmaschine zu entkommen. Die politischen Verbrecher haben nicht einmal das Recht der freien Verteidigungswahl. Der Richter aber kann, wenn alle Stränge reißen,

immer sagen, daß die Tat auf Grund des gesunden Volksempfindens strafbar ist, und brauchte daher beinahe überhaupt kein Strafgesetzbuch mehr.

Es ist klar, daß bei solchem Vorgehen eine starke Rechtsunsicherheit einsetzt. Betroffen wird in dem Kapitel »Volksverrat« zum Beispiel nicht nur der deutsche Staatsbürger, sondern ausdrücklich jeder Ausländer, wenn er die Wehrmacht oder die Volkskraft des deutschen Reiches angreift.

Hochverrat ist im totalen Staat gegen das Wohl des Volkes gerichtet, ehrenwerte Motive sind bei ihm undenkbar. Landesverrat wird immer mit dem Tode bestraft, ein Ausländer kann zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt werden, abgesehen von einzelnen Ausnahmefällen.

Selbstverständlich kann das Gericht auf Verlust der Staatsangehörigkeit erkennen, das Vermögen einziehen, und unter dem neuen Strafsystem ist mindestens der symbolische Pranger, die Achtung beabsichtigt. Ueber die Prügelstrafe ist man sich noch nicht einig, sie dürfte mindestens als Hausstrafe in den Zuchthäusern ihren Einzug halten. Die Rassenhre steht unter Strafschutz.

Ausdrücklich heißt es, daß die Todesstrafe, die im übrigen durch das Handbül vollzogen wird, an erster Stelle des Strafsystems steht. Ihr folgen die Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Von kurzfristigen Strafen verspricht man sich nichts. Der Strafvollzug ist diesen Gedankengängen angepaßt. Von einer Erziehung des Rechtsbrechers ist keine Rede mehr, der Strafvollzug steht analog dem neuen braunen Strafrecht im Zeichen der Vergeltung.

An dem gleichen Tage, als Herr Gürtner und Herr Dr. Freisler ihr »volksnahe« Strafrecht verkündeten, wurde mitgeteilt, daß im August in Berlin von der Internationalen Strafrechts- und Gefängnis-Kommission in Bern der 11. internationale Strafrechts- und Gefängnis-Kongress stattfindet. Präsident dieses Kongresses wird Herr Reichsgerichtspräsident Bumke sein. Im Mittelpunkt der Erörterung werden die Fragen der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Strafrechts und des Strafvollzuges stehen.

Wird diese in der Welt überall gehörte Instanz den Mut finden, sich mit dem Einbruch der Barbarei in das deutsche Strafrecht zu beschäftigen? Hermann Walter.

Krupp will nicht exportieren

Deutsche Rüstung ist ein besseres Geschäft

Herr Schacht hat der Welt zwar gezeigt, wie man kauft, ohne zu bezahlen. Das Verfahren hat aber den Nachteil, daß es sich nicht beliebig oft wiederholen läßt und daß die Geprellten sich gegen die Prellerei schließlich doch einmal zur Wehr setzen. Der Trick Schachts besteht darin, die Wareneinfuhr aus den Lieferländern dermaßen die Ausfuhr dahin überschreiten zu lassen, daß die Bezahlung nur mit Devisen möglich gewesen wäre und, da diese nicht vorhanden waren, unterbleiben mußte. In solchen Fällen mußten Abkommen getroffen werden, bei denen die ausländischen Gläubiger sich damit abfinden mußten, auf einen Teil ihrer Forderungen zu verzichten, um nicht das ganze einzubüßen. Aber auch diese Abkommen, die den Zweck hatten, die ausländischen Guthaben abzubauen, wurden nicht eingehalten. Schachts Ueberwachungsstellen hatten dafür gesorgt, daß durch Mehreinfuhr mehr neue Forderungen entstanden, als alte beglichen wurden. So hat Holland die schmerzliche Erfahrung machen müssen, daß die rückständigen deutschen Zahlungen trotz dem Abkommen sich nicht vermindert, sondern vermehrt haben, weil zwar alte Rückstände abgebaut worden, aber noch mehr neue hinzugekommen sind. Vor die Wahl gestellt, eine Erhöhung der deutschen Ausfuhr zuzulassen oder die Einfuhr nach Deutschland einzuschränken, hat Holland sich für das letzte entschieden. Den Ueberwachungsstellen, die die Instrumente zur Durchführung von Schachts Devisentricks sind, stellt die holländische Regierung staatliche Monopole für die holländische Ausfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland, der deutschen Einfuhrkontrolle eine holländische Ausfuhrkontrolle gegenüber. Anfang April ist ein staatliches Ausfuhrmonopol für den Export von Obst und Gemüse nach Deutschland, Ende April für Molkeerzeugnisse, sowie für Schokolade, Backwerk, Oelkuchen usw.

errichtet worden. Ohne amtliche Bewilligung dürfen diese Waren nach Deutschland nicht ausgeführt werden, solange, bis die rückständigen Zahlungen durch deutsche Warenlieferungen ausgeglichen sind.

Gemüseknappheit in Deutschland

Ende April war das von der Regierung festgesetzte Kontingent für die Ausfuhr von Salat und Spinat nach Deutschland erschöpft und die Erteilung neuer Genehmigungen eingestellt. Da Deutschland bisher 90 Prozent der holländischen Erzeugung von Salat und einem beträchtlichen Teil der Gemüseproduktion abgenommen hat, ist die Einschränkung der Ausfuhr eine schwere Schädigung der holländischen Landwirte. Die holländische Regierung ist aber gezwungen, sie zum Schutz der Landwirte selbst und zum Schutze ihrer Währung durchzuführen. Die Kosten von Schachts Prellerei haben aber nicht nur die ausländischen Lieferanten, sondern vor allem auch die deutschen Verbraucher zu tragen. Schon zeigen sich auf den Märkten die Folgen. Die deutschen Marktverhältnisse sind kaum besser als in den Hungerjahren des Krieges!

Prohibitive Offerten

Die Schweiz hat in diesen Tagen ein Verrechnungsabkommen, nicht das erste, mit Deutschland abgeschlossen, das auf eine Schädigung der schweizerischen Gläubiger hinausläuft. Sie müssen sich damit abfinden, anstatt baren Geldes zweifelhafte Gutscheine anzunehmen und auf ihre Einlösung zu warten, bis die deutsche Einfuhr nach der Schweiz ausreichend gestiegen ist. Das Abkommen hat nach der »Neuen Zürcher Zeitung« weit über den Kreis der unmittelbar betroffenen Finanzgläubiger hinaus in der Schweiz Enttäuschung und Erbitterung verursacht. Es wird ein enger Zusammenschluß der Besitzer deutscher Anleihen gefordert zur Abwehr dessen, was eine Zu-

schrift an die »Neue Zürcher Zeitung« das Faustrecht in der Wirtschaft nennt. Gegenwärtig betreibt Schacht die intensivste Propaganda für eine Export-schlacht. Aber aus Zuschriften an die »Neue Zürcher Zeitung«, in denen sich die Entrüstung der Schweizer Industriellen und Kaufleute über die »Torpedierung« der alten Verrechnungsabkommen durch Schacht Luft macht, geht hervor, daß die deutsche Industrie an der Hebung des Exports gar nicht interessiert, sondern eher bemüht ist, ihn zu verhindern. So schreibt ein Einkäufer für die technischen Einrichtungen, Maschinen, Werkzeuge usw. einer der führenden schweizerischen Maschinenfabriken, er beobachte seit Monaten, wie »die deutschen Lieferanten mehr und mehr durch prohibitive Offerten jeden Import aus Deutschland verunmöglichen.« »Der schweizerische Edelstahlverbrauch stellt sich zur Zeit ganz auf englisches Material um, während früher Deutschland der Hauptlieferant war.« Es heißt dann weiter:

»Ein deutscher Fabrikant von Werkzeugmaschinen erklärte mir kürzlich anlässlich eines Geschäftsbesuches, als ich ihn auf diese Exportmüdigkeit aufmerksam machte: »Ja, jetzt muß das Ausland eben einmal warten lernen, jetzt kommen zuerst wir selbst dran.« Nach zahlreichen Reden des Herrn Dr. Schacht ist es bekanntlich »das Ausland«, das durch Boykott deutscher Waren Deutschland verhindert, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Firma Krupp lieferte früher meiner Firma in erheblichem Maße große Stahlgußstücke. Seit letztem Herbst wurden die Preise derart erhöht, daß die Offerten völlig prohibitiv wirken.«

Auf dem Weltmarkt muß man sich mit Weltmarktpreisen begnügen, für Hitlerdeutschland spielt die Höhe der Rüstungskosten und der Rüstungspreise keine Rolle, denn es kommt hier nicht auf die Billigkeit, sondern vor allem auf die Fixigkeit an. Die deutsche Industrie, zum mindesten aber der Teil, der die Aufrüstung besorgt, ist also an der Steigerung dieser weit mehr als an der Förderung der Ausfuhr interessiert.

Braune Inflation

Aus Graudenz wird uns geschrieben: Die Abwertung des Danziger Guldens hat ungeheure Erregung in Danzig und auch hier hervorgerufen. Die Danziger Geschäfte schlossen zeitweilig ganz und verkaufen nur geringe Mengen. Handel und Industrie setzten Erhöhung der Preise durch, die Landwirtschaft wird folgen. Geschädigt sind die Sparer, die Arbeiter, Angestellten, Hausbesitzer. Seit mehr als einem Jahr haben Danziger Firmen nach hier nur nach Zloty-Währung verkauft. Sehr viele Sparer von hier und sehr viele Betriebe, die ständig nach Danzig geliefert haben, sind außerordentlich schwer geschädigt. Auch wenn die Berechnung gegen Zloty erfolgt ist, werden die Danziger ihre Zahlungen nicht erfüllen können. Von zuverlässigen Seiten wird berichtet, daß der Lebensmittelschmuggel von hier nach Danzig »gigantisches« Formen angenommen hat.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. ZL 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 4.40 (48.00), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.148. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.905. Genane Bezeichnung der Konten ist erforderlich.